



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2016/4

Datum/Zeit	Donnerstag, 10. November 2016, 18:00 - 21.45 Uhr	
Ort	Tellsaal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Luyet Cédric (GLP)	<u>1</u>
Mitglieder	Blaser Peter (SP)	
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Rajaratnam Saibaven (SP)	
	Tanner Adrian (Grüne)	<i>ab 18.10 Uhr</i>
	Thomann Thulani (SP)	
	Weber Hadorn Maya (SP)	
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Zeyer Priska (parteilos)	<u>11</u>
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Schneiter Roger (SVP)	
	Studer Martin (SVP)	
	Weber Marlis (parteilos)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	<u>7</u>
	Bolliger Renate (EVP)	
	Fels Silvia (EVP)	
	Wagner Peter (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	<u>4</u>
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Hubschmid Roger (FDP)	
	Müller Alfred (parteilos)	
	Walter Aliosha (FDP)	
	Weibel Tobias (FDP)	<u>5</u>
	Bendoza Thomas (parteilos)	
	Leuthold Andreas (FORUM)	
	Rüfli Roland (FORUM)	<u>3</u>
	Alberucci Luca (GLP)	
	Gasser Melanie (GLP)	<u>2</u>
	Löhner Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>2</u>
	Total anwesend	<u>35</u>

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Ernst Synes (CVP), Lüthy Ursula (Grüne), Panayides Aliko (SVP), Schoop Henrik (FDP), Thomann Andreas (SP) sowie die Gemeindeschreiberin Steudler Barbara
Protokoll	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Burri Simon (SVP), Hess Rudolf (SVP), Ögüt Hasan (SP), Zeyer Christian (SP) und Zysset Walter (SVP)

TRAKTANDEN

47.	Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 30. Juni 2016; Genehmigung	170
48.	Budget der Erfolgsrechnung 2017 mit Festsetzung der Steueranlagen; Genehmigung	172
49.	Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2017 - 2021; Genehmigung	181
50.	Kindergärten Gesamtplanung; Genehmigung eines Rahmenkredits.....	190
51.	Abfallreglement: Teilrevision aufgrund Abfallentsorgungsstrategie II; Genehmigung	196
52.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	197
53.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellungnahmen der Finanzkommission in die GGR-Botschaften; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	199
54.	Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Lädelisten in Ostermundigen: Einberufung eines runden Tisches; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat	201

55.	Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend zentrale Fachstelle für das Alterschaffen; Erheblicherklärung/Ablehnung	203
56.	Interpellation FDP.Liberalen-Fraktion betreffend Praxis Vergabe KiTa-Plätze und Wechsel zum Gutscheinsystem; schriftliche Beantwortung	207
57.	Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Schulraumplanung Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	208
58.	Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone; Orientierung des Gemeinderates.....	209
59.	Volksmotion betreffend Verkehrsberuhigung des Rütiwegs und des ganzen Quartiers der Rüti Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	210
60.	Motion Ernst Hirsiger (SVP) und Mitunterzeichnende betreffend „Saalbau Bärenareal“; parlamentarischer Neueingang.....	211
61.	Postulat GLP-Fraktion betreffend Verkleinerung Gemeinderat; parlamentarischer Neueingang	212
62.	Dringliche Interpellation GLP-Fraktion betreffend derzeitiger Stand Entwicklung ESP Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	213
63.	Überparteiliche Interpellation betreffend Auswirkungen der USR III auf die Steuereinnahmen und die Finanzen von Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	214
64.	Pendenzenliste 2016.....	215

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2016. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertretenden der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind 34 Ratsmitglieder anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen zu den Traktanden Nr. 48 und 49 der Finanzverwalter, Niels Arnold, und zu Traktandum Nr. 50 der Abteilungsleiter Hochbau, Peter Müller, an der heutigen Sitzung teil.
2. Auf den Tischen wurde aufgelegt:
 - Avis „Politforum Thun“ vom 10./11. März 2017
 - Halbjahresprogramm der Ref. Kirche Ostermundigen
3. Der Ratssekretär hat Sandwiches organisiert. Im Anschluss an das Traktandum #50 findet eine Verpflegungspause statt.
4. Die letzte Sitzung der laufenden Legislatur 2013 bis 2016 findet am **15. Dezember 2016 in der Aula der Schule Dennigkofen** statt. Die Sitzung beginnt bereits um **17.00 Uhr**.
5. Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns in „Stef's Kultur Bistro“.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 58 - Orientierung des Gemeinderates

- ① Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone

Parlamentarische Neueingänge

- Volksmotion betreffend Verkehrsberuhigung des Rütiwegs und des ganzen Quartiers der Rüti Ostermundigen
- Motion Ernst Hirsiger (SVP) und Mitunterzeichnende betreffend „Saalbau Bärenareal“
- Postulat GLP-Fraktion betreffend Verkleinerung Gemeinderat
- Dringliche Interpellation GLP-Fraktion betreffend derzeitiger Stand Entwicklung ESP Ostermundigen
- Überparteiliche Interpellation betreffend Auswirkungen der USR III auf die Steuereinnahmen und die Finanzen von Ostermundigen

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigung

47. Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 30. Juni 2016; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Liegen zum Protokoll Nr. 2 Wortmeldungen vor?

Colette Nova (SP): Ich möchte einige kleine Korrekturen anbringen. Ich werde die Änderungen dem Ratssekretär schriftlich abgeben. Trotz den schlechten akustischen Voraussetzungen hat der Ratssekretär einen super Job erledigt. Ihm gebührt ein grosses Dankeschön.

Meine Korrekturen zum Protokoll:

① Seite 53; 5. Abschnitt:

"Die Gemeinde Ostermundigen soll nun ...ausführlich erklärt. Hätte der Stiftungsrat seine Aufgaben gemacht, dann hätten wir bereits vor ein paar Jahren über einen Kredit für den Leistungserhalt nach Primatswechsel entscheiden müssen. Es hätte nur einige Millionen dafür gebraucht. Es wären jedoch keine Sanierungsmassnahmen nötig gewesen. Dies wurde jedoch versäumt."

① Seite 53; 6. Abschnitt:

"Der Deckungsgrad einer Pensionskasse sollte bei 100 Prozent liegen. Die PVS BIO hat eine Unterdeckung ... sage und schreibe nur 172'000 Franken ..."

① Seite 60:

"Übrigens: Für die Rückzahlung des Sanierungsbeitrags der Arbeitnehmer besteht auch die Möglichkeit, dass diese mittels einer zeitlich befristeten, anderen Aufteilung der ordentlichen Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an die Pensionskasse erfolgt. Diesen Weg ... Im Übrigen stimmt es nicht, Stefan Giger, dass die Gesamtliquidation mit Risiken verbunden ist! Da handelt..."

Luca Alberucci (GLP): Ich möchte mich dem Votum der Vorrednerin anschliessen. Ich habe die "schmerzhafteste Lektüre" ebenfalls eingehend gelesen. Ich konnte feststellen, dass die Protokollierung sehr gut ausgeführt worden ist. Trotzdem möchte ich auf der Seite 101 den Beschlusstext in Frage stellen. Ich zitiere:

1. *Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat am 31. Mai 2016 einen Kredit von CHF 23,4 Mio. als gebunden beschlossen hat.*

Die Parlamentsmitglieder haben diesen Sachverhalt zur Kenntnis genommen, dass ein Kredit von CHF 23,4 Mio. Franken als gebunden beschlossen worden ist. Die Beschlusseziffer Nr. 2 lautet:

2. *Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat einen Kredit von CHF 7,2 Mio. als gebunden beschlossen hat.*

Weiter steht in der Beschlussesziffer Nr. 4:

4 b) Die Entscheide sind gültig unter Vorbehalt, dass ein rechtsgültiger Entscheid bestätigt, dass die Kosten als "gebunden" betrachtet werden können. Besagt der rechtsgültige Entscheid, die Kosten können nicht als "gebunden" betrachtet werden, müssen die Entscheide dem Souverän zum frühestem möglichen Termin einer Volksabstimmung vorgelegt werden.

Zu diesem Sachverhalt habe ich auch Ja gesagt. Selbstverständlich habe ich das Geschäft als "gebunden" zur Kenntnis genommen. Auch der Volksabstimmung - nach dem Beschwerdeentscheid des Regierungsratspräsidenten - habe ich selbstverständlich zugestimmt.

In der Abstimmungsbotschaft vom 27. November 2016 wird auf Seite 22 folgendes festgehalten:

--> Mit 28 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen empfiehlt Ihnen der Grosse Gemeinderat ZUSTIMMUNG zum Geschäft.

Jetzt bin ich unsicher: Dem Sanierungskredit habe ich nicht zugestimmt; ich habe ihn lediglich zur Kenntnis genommen. Ich möchte vom Protokollführer bestätigt haben, ob der Wortlaut des Protokolls der Wahrheit entspricht bzw. die Beschlussfassung richtig wiedergegeben wird.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Ich bin der Auffassung, dass der Sachverhalt richtig protokolliert worden ist. Wir werden die Tondatei nochmals anhören.

Zum Protokoll liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 2 der GGR-Sitzung vom 30. Juni 2016 wird genehmigt.

Anmerkung des Ratssekretärs: Die von Luca Alberucci (GLP) in Frage gestellte Textpassage bzw. das Votum wurde im Beisein sämtlicher Mitglieder des Büros des GGR inkl. der Gemeinbeschreiberin im VERBALIX abgehört.

Fazit

Die Aussagen wurden auf Seite 101 des GGR-Protokolls vom 30. Juni 2016 korrekt protokolliert.

20.1.01 Jahresvoranschläge/Budgets

48. Budget der Erfolgsrechnung 2017 mit Festsetzung der Steueranlagen; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Wie bereits in den Vorjahren, darf sich das Parlament zuerst zur Botschaft äussern. Anschliessend beraten wir das Budget 2017 seitenweise. Allfällige Änderungsanträge sind dem Ratsbüro schriftlich abzugeben.

1)

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Der Gemeinderat beantragt heute Abend das Budget 2017, welches bei gleichbleibender Steueranlage ein Defizit von rund 1,5 Mio. Franken aufweist, zu genehmigen. Wie wir alle wissen, werden wir sehr wahrscheinlich Ende 2016 über Null-Franken Eigenkapital verfügen. Den Grund dafür kennen alle hier Anwesenden.

- Welche Überlegungen bewegen den Gemeinderat dazu, in dieser angespannten Finanzlage keine Steuererhöhung zu beantragen?

Der Gemeinderat hat bewusst einen Antrag auf Steuererhöhung abgelehnt. Zum heutigen Zeitpunkt ist es noch nicht nötig von unserer Bevölkerung eine Erhöhung des Steuersatzes zu verlangen. Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen ohne eine Steuererhöhung diese schwierige finanzielle Situation in den Griff bekommen. Das heisst im Klartext, wir setzen alles daran, eine Erhöhung des Steuersatzes so lange wie möglich hinauszuzögern.

Betreffend Bärenhochhaus rechnen wir im Jahr 2018 mit 4,6 Millionen Franken Mehrwertabgaben, welches uns wieder zu Eigenkapital verhilft.

- Welche gesetzlichen Massnahmen müssen bei einem Budget, welches einen Bilanzfehlbetrag ausweist, eingehalten werden?

Im kantonalen Gemeindegesetz in Artikel 74 steht:

1. *Der Bilanzfehlbetrag muss innert acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abgeschrieben sein.*
2. *Der Bilanzfehlbetrag darf einen Drittel des ordentlichen Jahressteuerertrages nicht übersteigen.*
3. *Budgetiert die Gemeinde einen Aufwandüberschuss, der nicht durch Eigenkapital gedeckt werden kann, weist der Gemeinderat im Finanzplan aus, wie der Fehlbetrag auszugleichen ist.*

① Alle drei Punkte werden im Budget 2017 und im Finanzplan 2017 - 2021 erfüllt.

Unsere Steuergelder werden vom Gemeinderat und vom Finanzverwalter mit professionellem Geschick verwaltet. Der Gemeinderat hofft auf Zustimmung zu Budget und Finanzplan. Für

1) 18.10 Uhr: Adrian Tanner (Grüne) tritt der Sitzung bei. Neu sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

weitere Fragen stehen der Gemeinderat und der Finanzverwalter Niels Arnold gerne zur Verfügung.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP/GLP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Budget zu. Wir werden auch keine Änderungsanträge stellen.

Wir wissen, dass die Verwaltung und der Gemeinderat seriöse Arbeit geleistet hat. Wir wissen auch, dass die "finanzielle Zitrone" ausgepresst ist. Das strukturelle Defizit muss in den nächsten Jahren korrigiert werden und da sind die neuen Parlamentsmitglieder zusammen mit dem Gemeinderat sowie der Verwaltung speziell gefordert.

Renate Bolliger (EVP): Alle Jahre wieder haben wir das Budget vor uns. Natürlich können wir nicht sagen, dass wir Freude haben, ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 1,5 Millionen Franken zu genehmigen. Aber man kann schauen, solange man will, es ist nicht so einfach möglich, etwas an dem Budget zu schrauben:

- Entweder sind die Ausgaben beschlossen, wie zum Beispiel die Bibliothek. Oder die Ausgaben sind zwingend wie zum Beispiel die Kindergartensanierungen. Oder dann sind es Ausgaben, die man nicht einfach kürzen sollte. Ich denke, wir dürfen nicht den Fehler machen, gar nicht mehr zu investieren, oder am falschen Ort zu sparen. Das wird sonst zum Bumerang für die Gemeinde. Dass wir als Gemeinde zum Beispiel so viel in die Integration investieren, finde ich vorbildlich und ich bin sicher, dass wir das nicht bereuen werden.
- Aber es beschäftigt uns schon, dass wir immer noch ein strukturelles Defizit von einer Million Franken haben. Was tun wir da? Nach wie vor müssen wir halt mit der angezogenen Handbremse fahren, das heisst sparen wo es nur geht und weiter immer sorgfältig prüfen, ob eine Investition wirklich dringend und zwingend ist.
- Leider ist es nun so, dass immer wieder etwas kommt, was den Gemeindehaushalt belastet. Im Moment können wir noch ohne Steuererhöhung fahren, aber ich weiss nicht, wie lange dies noch anhält.

Obwohl wir wie gesagt nicht begeistert sind vom Budget, werden wir als EVP-Fraktion zustimmen. Wir anerkennen damit, dass der Gemeinderat versucht hat, alles daran zu setzen, dass wir die Finanzen im Griff haben.

Wir danken allen, die an diesem Budget gearbeitet haben und sich wohl auch fast die Zähne daran ausgebissen haben.

Hans Peter Friedli (SVP): Ich spreche nicht im Namen der SVP-Fraktion sondern als Einzelperson. Einmal mehr muss ich meine Enttäuschung kundtun sowie Frustrabbau betreiben. Alle Jahre wieder wird dem Parlament ein defizitäres Budget vorgelegt. Alle Jahre dieselben Voten aus dem Rat. Einmal mehr wird das Parlament dem Geschäft zustimmen. Der Gemeinderat und auch wir GGR-Mitglieder bemühen uns zu wenig, für ein ausgeglichenes Budget bzw. eine positive Gemeinderechnung zu erreichen. Es ist schade, dass die eigenen Interessen vor eine vernünftige Finanzpolitik gestellt werden.

Die SVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget murrend zustimmen. Ich werde jedoch das Geschäft ablehnen.

Roger Hubschmid (FDP): Ich möchte gleich anfangen wie der Vorredner: Alle Jahre wieder gibt das Budget viel Gesprächsstoff.

Zum Budget 2017 folgende Anmerkungen:

- Eine Tatsache ist, dass ca. 90 % feste Ausgaben sind - so wurde das mir von den Finanzverantwortlichen auch erklärt - d. h. wir reden hier noch von ca. 10 % welche zu beeinflussen sind.
- Gut ist, dass keine Steuererhöhung zur Diskussion steht und auch im Finanzplan in den nächsten Jahren nicht vorgesehen ist. Die FDP/Die Liberalen-Fraktion würde sich wie schon im Vorjahr gegen Steuererhöhungen vehement wehren und der Gemeinderat wäre gefordert, zum Geld „Sorge zu tragen“!

Als GPK-Mitglied und Götti von einer Abteilung war ich am Budgetprozess begleitend dabei und habe den Eindruck erhalten, das Budget sei seriös und ohne Wunschbedarf erstellt worden und die einzelnen Abteilungsleiter seien sich der finanziellen Situation in Ostermundigen bewusst gewesen. Trotzdem ergibt das vorliegende Budget ein Minus von ca. 1,5 Mio. – „DAS IST NICHT GUT, aber sicher besser als das Budget 2016, wo allerdings die Rückstellungen für die PK-Sanierungen eingebettet waren.

- Der Finanzplan zeigt auch, dass unser Eigenkapital in Kürze aufgebraucht ist und wenn das Bärenhochhaus nur eine kleine Verzögerung erfährt, ist „Schluss mit Minusbudget“.

In unserer Fraktion kam dann die Frage, wie es möglich ist, dass der Personal- und Sachaufwand mit fast 1 Million (ca. Fr. 600.000 Personalaufwand und ca. Fr. 300.000 Sachaufwand) höher ist als 2016, obwohl in der allerersten ALÜ Sitzung 2014 (welche bis heute im Schlafmodus ist) das Ziel gesetzt wurde, pro Jahr eine Million zu sparen?

Fazit

Somit gilt als Fazit zuhanden des Gemeinderates: „Häbet sorg zu üsem Gäld in Ostermundige.“

Rudolf Kehrli (SP): Einmal mehr müssen wir über ein defizitäres Budget beraten. Das Defizit macht uns allen wirklich keine Freude. Was machen wir nun - einfach Durchwinken oder zurückweisen? Bis Ende Jahr 2016 ist ein neues, seriöses Budget nicht möglich zu erstellen. Wenn wir anfangs Jahr 2017 kein gültiges Budget zur Verfügung haben, dann ist dies schlecht für alle Beteiligten und gibt Probleme ab. Wir sind auch nicht sicher, ob der Gemeinderat untereinander den Konsens finden wird, um das Defizit zu eliminieren. Nach Aussage des Finanzvorstehers waren harte Verhandlungen mit sämtlichen Abteilungsleitungen notwendig, bis das vorliegende Budget zustande kam. Da stellt sich aber unserer Fraktion die Frage, hat der Gemeinderat nicht die Courage gehabt, unpopuläre Massnahmen zu ergreifen und auch durchzusetzen?

Jedes Jahr bringt der Gemeinderat die gleichen Argumente zum anstehenden Defizit dar. Die Finanzlage werde doch immer besser (z. B. Neuzuzüger = besseres Steueraufkommen).

Wenn der aktuelle Finanzplan zur Hand genommen wird, dann ist weit und breit keine Besserung der finanziellen Situation in Aussicht. Diverse Sachzwänge werden immer wieder gerne als Argumente angeführt. Ob diese berechtigt sind oder nicht, diesen Sachverhalt können wir zu wenig aussagekräftig beurteilen. Da könnte schon die mehrmals angekündigte Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) eine wertvolle Grundlage bilden. Doch infolge des Dauerthemas "Pensionskassen" muss der Gemeinderat in Schutz genommen werden, dass diese Arbeiten noch nicht an die Hand genommen worden sind.

Weiter wissen wir alle auch, dass das x-fach zitierte und wahre "strukturelle Defizit" von Ostermundigen seit Jahren vorhanden ist (im Ausmass von über 1 Million Franken pro Jahr). In der vorliegenden Botschaft steht diesmal kein Wort mehr davon. Wegschauen ist da kein guter Ansatz! Also - die Überprüfung muss subito ins Rollen kommen. Weiter kann aber der Gemeinderat nicht von uns erwarten, dass wir ihm einen Ausweg aus der prekären und kniffligen Situation aufzeigen, wie er das Defizit eliminieren (z. B. durch Leistungsabbau, Mehreinnahmen oder was alles möglich wird) kann. Da ist der Gemeinderat näher bei den Fakten.

Gehen wir jetzt noch kurz zu einigen Zahlen vom Budget 2017:

- Ein Defizit von 1,4 Mio. Franken bei einem Umsatz von über 100 Mio. Franken ist eine relativ kleine Abweichung - aber eben doch ein Defizit, welches uns Sorge bereitet, da der bisherige Notgroschen in Form von Eigenkapital nicht mehr da sein wird. Die Ursache des Defizites ist mehrschichtig und kann in der Botschaft detailliert nachgelesen werden. Sie gleichen sich aber fast von Jahr zu Jahr.
- Wenn die Nettoergebnisse der einzelnen Abteilungen betrachtet werden, so können keine grösseren Ausreisser im Vergleich zum laufenden Jahr 2016 festgestellt werden. Die Zahlen von der Pensionskasse müssen da natürlich überall nicht beigezogen werden.

Der beste Überblick gibt die Artengliederung im Budget der Erfolgsrechnung (Seite 8 ff).

Negative Punkte sind der Personalaufwand inkl. Sozialleistungen: Plus rund 700'000 Franken. Der Sachaufwand: Plus 300'000 Franken (was wird schon billiger?).

- Ein kleiner Lichtblick sind die Abschreibungen. Sie reduzieren sich um 1 Mio. Franken. Danach wird es aber gemäss neuem Finanzplan (hohe Investitionen) wieder finster.
- Positiv sind ebenfalls die direkten Steuern von den natürlichen Personen: Plus 800'000 Franken. Die Tendenz ist gut. Wir hoffen, der Erfolg hält an.
- Auf der anderen Seite ist der Ertrag bei den juristischen Personen leicht rückläufig. Die Gemeinde Ostermundigen hat in dieser Sparte schon immer geschwächelt.
- Unter dem Titel "Transferaufwand" (ein komisches Wort; was es beinhaltet steht auf der Seite 18 der Botschaft) gibt es eine Reduktion von über 2 Mio. Franken. Der Auslöser ist die gesetzliche Wirtschaftshilfe, umgangssprachlich "Sozialhilfe". Das ist sehr erfreulich, reduziert aber gleichzeitig die Rückerstattungen.
- Am Schluss kommen wie immer die Kennzahlen von Ostermundigen aufs Tapet: Sehr schlecht, sehr schlecht, mittelmässig, gut bis schwach. Ein richtiges Zahlen-Birchermüesli mit vielen sauren und teilweise bitteren Beeren, welche noch zum Teil geniessbar sind und im Magen schwer aufliegen.

Fazit

Wir weisen das Budget 2017 nicht zurück. Dieser Entscheid ist für uns ein "Déjà-vu". Dem Budget 2014 haben wir nämlich, ich zitiere: "mit Baugrimmen, Murren, Zähneknirschen, Missmut, Widerwillen, Sorgenvoll, Achselzucken und der Worte mehr, zugestimmt."

Nochmals: Wir sagen nicht Nein. Wir sagen aber Nein zu auffälligen Budgetkorrekturen, welche heute Abend eingereicht werden könnten. Für Schnellschüsse sind wir nicht zu haben, ein Hick/Hack zwischen den Parteien völlig daneben. Deshalb: Mit ungunstigen und mit anderen bereits erwähnten Gefühlen stimmt die SP/Grüne-Fraktion dem Budget 2017 zu. Wir stehen hinter dem Beschlussesantrag gemäss Botschaftstext auf den Seiten 1 bis 4 (Steueranlage unverändert).

Der Gemeinderat wird aber heute Abend ultimativ aufgefordert, dass im nächsten Jahr das Budget 2018 zumindest ausgeglichen vorgestellt wird. Ein anderes Budget wird nicht akzeptiert!

Colette Nova (SP): Seit acht Jahren bin ich Mitglied des Grossen Gemeinderates. Mit dem Budget 2017 haben wir den Nullpunkt erreicht. Gemäss Aussage des Departementsvorstehers Erich Blaser haben wir noch Nullfranken an Eigenkapital. Wenn das Budget 2017 so akzeptiert wird, erreichen wir einen Bilanzfehlbetrag. Das heisst, wir stehen noch schlechter da. Dieser Missstand ist katastrophal.

Wir sind erstaunt über die Aussagen des Gemeinderates, dass noch keine Steuererhöhung notwendig ist. Ich stelle fest, dass der Gemeinderat auf das Prinzip Hoffnung setzt. Irgendwie soll das Ganze doch anders daherkommen, als im Finanzplan aufgezeigt wird. Es ist keine Besserung in Sicht! Die vielen ungunstigen Gefühle bringen uns nicht weiter. Für mich ist klar: Je länger wir warten, je höher fällt die Steuererhöhung aus, damit der Bilanzfehlbetrag abgetragen werden kann.

Das Vorgehen lehnt sich an das Geschäft "Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO)". Auch da hat der Gemeinderat viele zu lange zugewartet. Wir sollten hier nicht nochmals den gleichen Fehler machen. Ansonsten werden wir auch zum Sanierungsfall.

Es ist nachvollziehbar, dass wir nicht auf gute soziale Einrichtungen nicht verzichten wollen. Dafür müssen wir jedoch jetzt handeln und nicht länger zuwarten.

Aufgrund dieser finanziellen Situation möchte ich eine Steuererhöhung beantragen. Steuererhöhungen sind unpopulär. Diese müssen erst dann vollzogen werden, wenn sie unbedingt notwendig sind.

Heute spielt das Abstimmungsresultat vom 27. November 2016 in Bezug auf die Sanierung der Personalvorsorgestiftung eine Rolle. Es geht immerhin um einen Betrag von 31,8 Mio. Franken. Sollte der Betrag weniger ausmachen, dann könnte mit einer Steuererhöhung noch zugewartet werden. Dann müsste im Jahr 2017 kein Bilanzfehlbetrag verbucht werden. Ich bin der Meinung: "Wer A sagt sollte auch B sagen". Darum stelle ich den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1** die Beschlussesziffer Nr. 1 wie folgt abzuändern:

Die Steueranlagen für das Jahr 2017 werden wie folgt festgesetzt:

- für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1,79-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes, falls die Stimmbevölkerung am 27. November 2016 dem Kredit von 31,6 Mio. Franken für die Sanierung der PVS BIO zustimmt. Falls die Stimmbevölkerung diesen Kredit ablehnt, beträgt die Steueranlage das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

Ich werde den Änderungsantrag beim Ratsbüro schriftlich eingeben.

Luca Alberucci (GLP): Ich bin erst zwei Jahre Mitglied des Grossen Gemeinderates. Es war der Zeitpunkt mit einem Eigenkapital von 3 bis 4 Millionen Franken. Dazu hatten wir noch eine "Kriegskasse" aus den Planungsmehrwerten von 20 Mio. Franken. Bereits damals wurde von einem strukturellen Defizit gesprochen. Was ist in der Zwischenzeit alles passiert?

Der Planungsmehrwert wurde in den allgemeinen Finanzhaushalt überführt. Die 20 Mio. Franken wurden zu Eigenkapital. Nichts desto trotz ist jetzt alles aufgebraucht. Wir stehen bei Saldo Null.

Ich habe die Protokolle der letzten Budgetdebatten nochmals gelesen und folgendes festgestellt:

Der Departementsvorsteher, Erich Blaser, hat schon vor zwei Jahren folgendes erwähnt: *"...Um die schwierige Finanzsituation und das strukturelle Defizit abzufedern und die anstehenden Investitionen bewältigen zu können, beantragt nun auch der Ostermundiger Gemeinderat den Steuerfuss anzuheben --> von 1,69 auf 1,74 Einheiten. Dies ist aber nur eine von einer Reihe von Massnahmen, um die finanzielle Situation in Ostermundigen zu verbessern. Der Gemeinderat hat im Rahmen der Budgetberatung über 70 Einzelmassnahmen in Form von Ausgabenkürzungen beschlossen. Diese reichen von Reduktion im Datenschutzhonorar bis Streichung der Aufgabenhilfe und Ferieninsel..."* Es wurde die Streichung von extrem wichtigen Aufgaben diskutiert. Jetzt sprechen wir weder von dem noch vom anderen.

Es ist richtig, dass wir nun die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Die Zitrone ist ausgepresst und es liegt kein Sparpotenzial mehr zur Verfügung. Aus diesem Grund werde ich dem Änderungsantrag von Colette Nova (SP) zustimmen. Wenn wir die 30 Mio. Franken an der nächsten Volksabstimmung für die Sanierung der PVS BIO ausgeben, dann führt kein Weg mehr an einer Steuererhöhung vorbei. Als vorsichtiges Gremium und gutes Parlament bitte ich euch um Unterstützung des Änderungsantrages. Soweit meine persönliche Stellungnahme.

Ich möchte noch zwei Detailfragen an den Finanzverwalter stellen:

1. Unternehmenssteuerreform 3: Ist die im Finanzplan berücksichtigt?
2. Ist der Kredit von knapp einer Million Franken für die Sanierung der Personalvorsorge-stiftung Musikschule Worblental ebenfalls im Finanzplan berücksichtigt?

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Niels Arnold: Zur ersten Frage: Die Kombination des Kantons ist uns nicht bekannt. Das Paket ist nicht gültig, das Gesetz ist nicht gültig, es gibt eine Referendumsfrist.

Zur zweite Frage: Wir sind in Unkenntnis der Sachlage. Wir wissen nicht, was noch alles in diesem Jahr passiert und wir haben uns entschlossen, das Budget 2017 im gleichen Rahmen wie das Budget 2016 vorzunehmen. Wir wissen zum heutigen Zeitpunkt nicht, wie sich das Geschäft in Bezug auf die Ausfinanzierung verhält.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Änderungsantrag auf Steuererhöhung von Colette Nova (SP) nicht zustimmen. Warum: Wir befinden uns im Abstimmungskampf über die Pensionskasse; das Anliegen resp. der Vorschlag ist sehr schlitzohrig und spitzfindig und kann das Abstimmungsergebnis beeinflussen. Der Gemeinderat hat vor zwei Jahren aus guten Gründen eine Steuererhöhung vorgestellt. Er wurde ebenfalls aus guten Gründen in seinem Wirken gebremst. Das Ausmass der Pensionskassenkatastrophe war damals noch nicht bekannt. Heute sieht die Situation anders aus und wir müssen das Thema im Auge behalten. Im Verlauf der neuen Legislatur wird das Thema bestimmt neu aufgerollt. Doch dann müssen die Parteien den Dialog wählen und das Geschäft absprechen. Unter welchen Bedingungen kann einer Steuererhöhung auch von Seiten der SVP-Fraktion zugestimmt werden?

Es kann nicht die Lösung sein, die allgegenwärtigen Finanzlöcher mit Mehreinnahmen zu stopfen. Diese Praxis kam in den letzten Jahren auf den Stufen Bund, Kanton und Gemeinden immer zum Tragen. Dies führt dazu, dass nicht ernsthaft über Nichtausgaben diskutiert wird. Gewisse Aufgaben können auch gestrichen werden. Wir müssen die Hausaufgaben machen - insbesondere die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ)!

Eduard Rippstein (CVP): Wir von der CVP-Fraktion werden dem Änderungsantrag ebenfalls nicht zu stimmen. Ich frage mich, wie Colette Nova (SP) sich das ganze Vorgehen juristisch vorstellt? Das fakultative Referendum wird dem Budget zugrunde gelegt. Im Änderungsantrag haben wir eine Variante, welche über das Datum hinaus läuft. Dieser Sachverhalt muss dem Stimmvolk begründet werden. Ich möchte die Meinung des Gemeinderates zu den Referendumsfristen in Erfahrung bringen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir haben die Thematik kurz zusammen diskutiert und Eduard Rippstein (CVP) hat die Antwort bereits wiedergegeben. Wir bekommen mit der Referendumsfrist bestimmt ein Problem. Die Referendumsfrist startet Morgen. Gleich was das Parlament beschliesst, die Referendumsfrist beginnt nicht erst nach der Volksabstimmung Ende November 2016. Der Grosse Gemeinderat muss sich heute Abend für den Steuerfuss entscheiden und keine Variante wählen.

Colette Nova (SP): Lieber Ernst, ich kann dir die Taktikunterstellung nicht entziehen. Der Gemeinderat fährt auch mit einer gewissen Taktik. Er sagt: „Liebe Stimmbürgerinnen und liebe Stimmbürger, stimmt dem Kredit zu. Es ist keine Steuererhöhung nötig...“

Es ist aber offensichtlich, dass eine Steuererhöhung immer näher anrückt und deutlich früher notwendig wird. Eigentlich wäre eine Steuererhöhung bereits heute notwendig, um ein ausgeglichenes Budget 2017 verabschieden zu können.

Zur Frage, ob das juristisch möglich ist oder nicht? Die Formulierung stützt sich auf beide Situationen ab:

- 1,79 Steuerzehntel wenn die Vorlage angenommen wird und
- 1,69 Steuerzehntel wenn die Vorlage nicht angenommen wird.

Im Jahre 2018 muss wieder ein neues Budget erstellt werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Taktik hin oder her - oder über was wir nun diskutieren. Der Grosse Gemeinderat muss heute Abend über das Budget 2017 mit oder ohne Steuererhöhung entscheiden. Der heutige Beschluss untersteht letztendlich dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt am Tag nach der erstmaligen Publikation. Dieser kann nicht mit dem Sachverhalt pro oder contra Steuererhöhung umgestossen werden. Die 30 tägige Referendumsfrist nach dem Beschluss des GGR lässt kein anderes Vorgehen zu: Wollen wir eine Steuererhöhung → Ja oder Nein und zu welchem Tarif? Anders kann das Geschäft nicht abgearbeitet werden.

Luca Alberucci (GLP) hat auf die Abstimmungsbotschaft zur Sanierung der Personalvorsorge-stiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) hingewiesen: Die Volksbotschaft ist verfasst und an die Stimmberechtigten bereits zugestellt worden. Wir würden uns mit der Annahme des Änderungsantrages rechtlich bestimmt auf sehr dünnem Glatteis bewegen.

Wenn über Änderungsanträge zu entscheiden ist, so muss heute Abend definitiv die Höhe der Steueranlage festgelegt werden.

Rudolf Mahler (SP): Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Ich möchte nicht noch ein stundenlanges Hickhack zwischen Colette Nova und den restlichen Ratsmitgliedern mitverfolgen. Die Taktik stösst mir säuerlich auf. Deshalb folgender **Ordnungsantrag:**

Über den Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP) ist sofort abzustimmen.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Über den Ordnungsantrag von Rudolf Mahler (SP) stimmen wir sofort ab.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag von Rudolf Mahler (SP) wird einstimmig angenommen.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Ganze ist für mich ein juristisches Hickhack und ich kenne den wahren Sachverhalt nicht. Ich verlese den **Änderungsantrag Nr. 1** von Colette Nova (SP) nochmals, die Beschlussesziffer Nr. 1 wie folgt abzuändern:

Die Steueranlagen für das Jahr 2017 werden wie folgt festgesetzt:

- für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,79-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes, falls die

Stimmbevölkerung am 27. November 2016 dem Kredit von 31,6 Mio. Franken für die Sanierung der PVS BIO zustimmt. Falls die Stimmbevölkerung diesen Kredit ablehnt, beträgt die Steueranlage das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Colette Nova (SP) wird mit 27 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Luca Alberucci (GLP): Ich möchte dem Votum von Rudolf Mahler (SP) entgegenhalten resp. anfügen, dass wir vor zwei Jahren - bei deutlich besserer Finanzlage der Gemeinde - hier im Parlament über eine Steuererhöhung diskutiert haben. Und du Rudolf Mahler (SP) hast damals der Steuererhöhung ebenfalls zugestimmt. Plötzlich soll das Thema bei einer desolateren Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen kein Thema mehr sein. Ergo finde ich das eine taktische Spielerei.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Realpolitik; darüber müssen wir nicht diskutieren. Wenn der Grosse Gemeinderat dem Änderungsantrag zugestimmt hätte, dann hätten wir uns rechtlich bestimmt auf sehr dünnen Eis begeben. Der Gemeinderat ist ganz klar der Auffassung, dass der Änderungsantrag unzulässig ist.

Realpolitik etc. können wir anschliessend bei einem Sandwiche weiter diskutieren.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen zur Botschaft mehr vor. Wir nehmen nun die Detailberatung über das Budget 2017 vor. Liegen Wortmeldungen resp. Änderungsanträge vor?

Aus Ratsmitte liegen keine Wortmeldungen zum Budget 2017 vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 29 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2017 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5 %o des amtlichen Wertes;
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
2. Das Budget für das Jahr 2017, abschliessend mit einem Gesamtaufwandüberschuss von CHF 1'474'927.00, wird genehmigt.
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

20.2.00 Allgemeines

49. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2017 - 2021; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Wie bereits in den Vorjahren darf sich das Parlament zuerst zur Botschaft äussern. Anschliessend beraten wir den Finanzplan seitenweise. Allfällige Änderungsanträge sind dem Ratssekretär schriftlich abzugeben.

Melanie Gasser (GLP): Der Finanzplan sieht alles andere als rosig aus - nicht zuletzt auch wegen dem anstehenden PVS-Debakel. Der Finanzplan sieht dennoch erhebliche Investitionen in der Zukunft vor. Dieser Sachverhalt ist meines Erachtens auch gut so. Die Gemeinde Ostermundigen ist kaum noch in der Lage, mehr Einsparungen als bis dato vorzunehmen. Das Budget wurde von allen Abteilungen mit äusserster Vorsicht erstellt. Es ist wichtig, dass wir nicht dem Stillstand verfallen und durch mangelnde Entwicklung in eine Abwärtsspirale geraten. Keine Investitionen bedeutet Stillstand der Entwicklung und ist nicht nachhaltig.

Langfristig müssen Mehreinnahmen in die Gemeindekasse fliessen. Diese Seite müssen wir stärken! Das Naheliegende ist die Erhöhung von Steuereinnahmen. Langfristig können wir das durch die Zunahme der Gemeindeentwicklung erreichen. Gute Steuerzahlende sollen nach Ostermundigen umziehen. Kurzfristig werden wir wohl nicht um eine Steuererhöhung herumkommen. Diverse Studien sagen, dass hohe Steuerfüsse relativ unschön sind. Aber für das Gesamtbild der Gemeindeattraktivität nicht so entscheidend sind. Eine gute Infrastruktur wird allseitig geschätzt. Aus diesem Grund gilt es, am vorliegenden Finanzplan nicht viel zu ändern.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion wird den Finanzplan 2017 - 2021 so genehmigen, wie er vorliegt. Dabei haben wir uns folgende Überlegungen gemacht:

→ Der Finanzplan ist realistisch und ehrlich.

Natürlich ist es nicht schön, einen Finanzplan zu haben, der einem die Realität vor Augen stellt. Die Gemeinde Ostermundigen kippt in den Planjahren ständig zwischen negativen und ganz leicht positiven Jahresergebnissen hin und her. Es ist nicht abzusehen, dass sich das Eigenkapital sukzessive erholt und ein solches sogar wieder aufgebaut werden kann. Es wäre aber einfach, im Finanzplan die Jahresergebnisse bis ins Jahr 2021 besser darzustellen. Nämlich damit, dass man diverse Investitionsvorhaben in die Priorität 3 verschiebt. Dadurch wären Veränderungen im Finanzplan von mehreren Millionen möglich, die das Eigenkapital weit besser darstellen würden.

→ Verwaltungsgebäude ja oder nein?

Eine solche Verschiebung hat die EVP-Fraktion letztes Jahr versucht, indem wir den Antrag stellten, das Verwaltungsgebäude in die Priorität 3 zurückzusetzen, was aber vom Parlament mit 18 zu 16 Stimmen abgelehnt wurde. Dieses Jahr stellen wir keinen solchen Antrag mehr.

Seit dem letzten Finanzplan ist wieder ein Jahr vergangen. Gemäss Projektbeschrieb zum Verwaltungsgebäude ist damit begonnen worden, verschiedene Standorte sowie die Finanzierungs- und Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen. Wir meinen, die Gemeinde sollte jetzt eine Grundlage haben, um den Realisierungsprozess weiterführen zu können, auch wenn diese Grundlage nur im Finanzplan besteht. Nachdem die Gemeinde kaum mehr eigenes Bauland zur Verfügung hat, sollte sie die sich bietenden Möglichkeiten für den Bau eines Verwaltungsgebäudes prüfen und bei einer guten Gelegenheit auch vorwärts machen können.

→ Was könnte im Finanzplan noch gestrichen werden?

Diese Frage stellt sich besonders auch im Hinblick auf einen Saalbau im neuen "Bärenareal". 750'000 Franken sind dafür eingeplant. Zur Erinnerung: Im Sommer 2015 haben wir eine dringliche Motion eingereicht, die den Gemeinderat beauftragt hätte, die Einmietung der Verwaltung inkl. Gemeindesaal ins neue Zentrum "Bären" zu prüfen. Ich sage es jetzt etwas überspitzt: Mit Hohn und Spott wurde dieser Vorstoss vom Parlament abgelehnt. Offenbar war diese Idee aber doch nicht so ganz daneben. Die EVP-Fraktion jedenfalls will diesen Posten im Finanzplan nicht bekämpfen.

Sicher wären da und dort noch Änderungen im Finanzplan möglich. Aber es wäre bemühend, überall noch kleine Abstriche zu machen. Wir alle, das heisst von den Parlamentsmitgliedern über den Gemeinderat bis hin zum Gemeindepersonal, wissen, dass die Ausgaben auf dem verantwortbaren Minimum gehalten werden müssen. Und in der Rechnung 2015 haben wir gesehen, dass dieser Vorgabe auch Rechnung getragen wird.

Die EVP-Fraktion wünscht, dass diese Haltung auch in den kommenden Finanzplanjahren weiterbesteht. Der Finanzplan ist nicht so sakrosankt und kann den neuen Gegebenheiten ständig angepasst werden (rollende Planung).

Priska Zeyer (parteilos): Die finanziellen Aussichten der Gemeinde sind ernüchternd. Auch ohne Pensionskassendebakel wäre die Situation unbefriedigend. Aber man hätte wenigstens etwas Zeit gehabt, um sich Massnahmen zu überlegen. So aber können wir nur zusehen, wie unser Eigenkapital verschwindet.

Wenn unsere Situation dadurch entstanden wäre, dass wir Investitionen tätigen, könnte man noch sagen, dass damit materieller Gegenwert geschaffen würde, obwohl man ja auch bei Investitionen vorsichtig sein muss. Das eigentliche Problem liegt aber darin, dass wir alleine schon aus dem alltäglichen Betrieb jedes Jahr ein Defizit einfahren - in der Grösse von 1 Mio. pro Jahr. Aus dem Bericht über den Finanzplan können wir aber nicht herauslesen, wie der Gemeinderat aus dieser Situation herauskommen möchte.

Das ist etwa so, wie wenn es zuhause nur für einmal Fleisch pro Woche reicht, aber trotzdem jeden Tag Fleisch auf den Teller kommt. Jeder/e weiss, dass das auf die Dauer nicht gut geht. Beim privaten Haushalt ist das Sparen einfacher. Weniger Fleisch dafür mehr Gemüse ist für alle besser: Für Die Gesundheit, das Portemonnaie und die Umwelt.

Beim Gemeindehaushalt ist das ein bisschen anders. Wenn wir irgendwo noch Speck hätten, könnten wir da ansetzen. Aber: die regelmässigen Meldungen über länger dauernde Arbeitsausfälle beim Personal zeigen klar: den Personalbestand zu reduzieren, wäre sowohl für die Mitarbeiter, wie auch für die Gemeinde nicht die richtige Lösung.

Bei den Leistungen sparen? Ja, falls man denn Leistung findet, die unnötig sind. Es ist sehr wichtig, endlich die Leistungsüberprüfung durchzuführen, die seit Jahren hinausgeschoben wird. Wir befürchten aber, dass dabei nur wenig Speck gefunden wird.

Warum? Weil sich die grundlegende Situation der Gemeinde dadurch nicht ändert: Wir nehmen wenig Steuern ein, müssen und wollen aber die gleichen Leistungen erbringen, so wie andere Gemeinden auch. Das geht nicht auf. Wir müssten also versuchen, bessere Steuerzahler anzuziehen.

Mit dem aktuellen Steuerfuss wird es nicht gelingen, Personen mit sehr hohem Einkommen oder Vermögen anzuziehen. Das ist klar. Da müssten wir mit Muri konkurrieren. Um das zu erreichen, müssten wir den Gürtel so eng schnallen, dass Null Investitionen möglich sind.

Dies würde bedeuten: Leistungen kürzen. Und damit würden wir eine verhängnisvolle Abwärtsspirale in Gang setzen. Programme wie ZIO oder Schrittweise, die dann vielleicht plötzlich wieder diskutiert würden, sind wichtige Investitionen - sie bilden soziales Kapital. Wenn wir diese Programme streichen, bezahlen wir dies mit einer schleichenden Gettoisierung. Mittelstandshaushalte anzuziehen wird dann noch schwieriger, weil die Gemeinde nicht mehr attraktiv ist.

Ostermundigen kann attraktiv sein. Zwar haben wir hohe Steuern, aber gerade für den gehobenen Mittelstand, also nicht die Superreichen, ist Ostermundigen heute günstiger als Muri. Dieser Mittelstand entscheidet primär nach Angeboten und nicht nach Steuern, insbesondere, wenn er gleichzeitig die hohen Steuern durch eine tiefe Miete (bei attraktiven Wohnungsangeboten) kompensieren kann.

Fazit

Der Gemeinderat verhält sich ein bisschen wie der Hase vor der Schlange. Er fühlt sich in die Ecke gedrängt und weiss nicht wie reagieren.

Eigentlich gibt es nur eine Strategie: Trotz Leistungsüberprüfung werden wir nicht darum herum kommen, die Steuern anzuheben. Ausserdem müssen wir dringend weiter daran arbeiten, dass einige Quartiere attraktiver werden. Entsprechende Motionen sind immer noch hängig. Nur so kann es langfristig gelingen, die Gemeindefinanzen ins Lot zu bringen.

Das, was der Gemeinderat mit dem vorliegenden Finanzplan macht, ist aber eine Art Selbstaufgabe. Wenn wir so weitermachen, geht es nicht mehr lange und wir werden unsere Unabhängigkeit verlieren.

Unsere Fraktion wird dem Finanzplan zustimmen, dass Ostermundigen die Steuern aber sehr bald erhöhen muss, ist für uns so klar wie das Amen in der Kirche.

Ernst Hirsiger (SVP): In einer durchschnittlichen Gemeinde des Kantons Bern würde ein solcher Finanzplan unter den Politikern für grössere Unruhe sorgen. In Ostermundigen hat man sich dagegen in den letzten Jahren an defizitäre Rechnungsabschlüsse und Finanzpläne mit eingebautem Verzehr von Eigenkapital gewöhnen müssen. Es erweckt den Anschein, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hätten in dieser Frage resigniert oder die Beruhigungspillen des Gemeinderates geschluckt, dass sich die Entwicklung schon bald zum Besseren wenden werde.

Der vorliegende Finanzplan 2017 bis 2021 zeigt einmal mehr in aller Deutlichkeit auf, dass die Gemeindefinanzen von Ostermundigen in keiner besonders guten Verfassung sind und auch in der neuen Planungsperiode keine nachhaltige Verbesserung in Sicht ist.

Die Schere zwischen geplanten Ausgaben und Steuereinnahmen hat sich nicht wie gewünscht geschlossen. Die Früchte der in den letzten Jahren umgesetzten Wachstumsstrategie können noch nicht geerntet werden. Sie müssen noch reifen. Bis zum Zeitpunkt der Ernte leidet der Gemeindehaushalt weiterhin unter Verdauungs- und Wachstumsbeschwerden.

Verschiedene kantonale Finanz- und Verteilschlüssel führen ausserdem dazu, dass eine Gemeinde bei steigender Einwohnerzahl auch mehr Abgaben entrichten muss.

Die SVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Finanzplan nicht zu. Er setzt zu sehr auf das „Prinzip Hoffnung“. Für die Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse mit Kostenfolge (zum Beispiel die Behebung von grösseren Unwetterschäden auf dem Gemeindegebiet, Notsanierungen von Abschnitten der Bernstrasse wegen Wasserrohrbrüchen) stehen praktisch keine finanziellen Reserven zur Verfügung. Ohne den Ertrag aus Planungsmehrwerten von ca. 4,6 Mio. Franken im Jahr 2018 im Zusammenhang mit dem Projekt „Bären Hochhaus“ dürfte die Gemeinde ab dem Jahr 2018 nur noch ausgeglichene Budgets vorlegen. Sie hätte Ende 2017 mit grosser Wahrscheinlichkeit einen Bilanzfehlbetrag, das heisst, ein negatives Eigenkapital.

Die SVP-Fraktion stellt aber bewusst keinen Rückweisungsantrag, weil dieser nicht mehrheitsfähig ist und wie die Erfahrungen aus früheren Jahren zeigen, dass der Gemeinderat selbst bei Annahme eines Rückweisungsantrages kaum gewillt ist, über die Bücher zu gehen.

Rahel Wagner (EVP): Ich möchte dem Gejammer etwas entgegensetzen: Natürlich sind der vorliegende Finanzplan und das Budget nicht schön. Aber wir müssen auch den äusseren Umständen (z. B. Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen) Rechnung tragen. Zum Glück haben wir ein Kässeli mit rund 21 Mio. Franken an Mehrwertabschöpfungsbeiträgen errichtet. Es ist doch ein kleines Wunder, dass wir als Gemeinde finanziell nicht schlechter dastehen. Ich möchte die vorhandenen Probleme nicht kleinreden. Aber es ist eine gewisse positive Stimmung gefragt. Der Gemeinderat kennt die finanzielle Lage am besten und wird bemüht sein, diese zu verbessern. Ich bin davon überzeugt, dass wir den Turnaround in nächster Zeit schaffen werden.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Als Departementsvorsteherin Hochbau möchte ich mich gleichwohl zum Finanzplan äussern. Wir haben in naher Zukunft grössere Investitionen geplant. Es gilt jedoch zu beachten: Wir bauen nicht für den Hochbau. Wir bauen für die Gemeinde Ostermundigen sowie dessen Bevölkerung. Die Liegenschaften der Gemeinde bedürfen eines gewissen Unterhaltes und müssen von Zeit zu Zeit erneuert werden. Zu diesen Aufgaben ist der Gemeinderat verpflichtet.

Dem Thema "Verwaltungsgebäude" möchte ich anmerken:

1. Wenn kein neues Verwaltungszentrum gebaut wird, so müssen die bestehenden Verwaltungsgebäude umgehend saniert werden. Dieser Sachverhalt ist ebenfalls mit Kosten verbunden.

2. Wenn ein neues Verwaltungszentrum gebaut wird, so können die heutigen Liegenschaften im Baurecht veräussert werden. Die Liegenschaften generieren Einnahmen für die Gemeinde Ostermundigen.

Diese Ausführungen sollen nur als Beispiel dienen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Danke Rahel Wagner (EVP) für die Lorbeeren. Wir sind uns alle zusammen der vielen Hausaufgaben bewusst. Ich möchte noch auf einige Punkte hinweisen:

- Wir haben Potenzial. Melanie Gasser (GLP) hat im Eintretensvotum bereits darauf aufmerksam gemacht. Das Thema "Ortsplanung" soll uns dabei behilflich sein. Es liegen viele Chancen zugunsten der Gemeinde Ostermundigen noch brach.
- Nach dem Motto des FCO "Zäme si mir starch" soll die Zukunft angegangen werden. Das Terrain auf dem Oberfeld ist für die Gemeinde Ostermundigen ein Glücksfall.
- Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) wird demnächst an die Hand genommen. Da werden positive wie negative Entscheide gefällt werden müssen.
- Wachstum alleine reicht für einen gesunden Finanzhaushalt nicht aus. Deshalb bin ich froh, dass mit einem Verwaltungszentrum Potenzial zur Verfügung gestellt wird. Wir können aus den eigenen Grundstücken Geld für die Gemeindekasse generieren.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Gibt es noch Voten zur Eintretensdebatte? Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir können die Detaildebatte vornehmen. Anmerkungen und Änderungsanträge in schriftlicher Form sind mit der Nennung der entsprechenden Seitenzahlen mitzuteilen. Über Änderungsanträge wird sofort abgestimmt.

Wir starten mit dem Kapitel 1 von Seite 4 bis Seite 20.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich stelle einen **Änderungsantrag Nr. 1** zu:

- ① Finanzplan Seite 7: Projektnummer 3.705 // Realisierung neues Verwaltungszentrum

Die Gemeinde soll in den nächsten vier Jahren auf ein neues Verwaltungszentrum verzichten. Die Prüfung möglicher Standorte und Szenarien kann trotzdem erfolgen. Das Ziel dieser Abklärungen soll ein konkretes Projekt sein, dessen Investitions- und Betriebskosten genau abgeklärt sind. Die Kosten-/Nutzenanalyse „Kauf/Miete“ ist erfolgt. Die SVP-Fraktion würde eine Lösung bevorzugen, bei der die Gemeinde Eigentümerin des Verwaltungsgebäudes ist. Bei der Planung ist auch die Integration eines Gemeindesaals zu prüfen. Beim Ersatz des Tellsaals ist nicht ausschliesslich auf das Bärenareal zu fokussieren.

Begründung

Wir alle hier im Saal würden es begrüssen, wenn die Gemeindeverwaltung in ein für die Bürgerinnen und Bürger gut erreichbaren und zweckmässigen Verwaltungsgebäude einziehen

könnte. Ein modernes Verwaltungsgebäude ist ja auch eine Art Visitenkarte der jeweiligen Gemeinde.

Der Gemeinde Ostermundigen fehlen aber zurzeit die finanziellen Mittel für die Realisierung eines Verwaltungszentrums.

Was die Gemeinde seit 1983 nicht geschafft hat, ist nicht zwingend in den nächsten vier Jahren zu verwirklichen. In diesem Zeitraum kann die Gemeinde aus heutiger Sicht nur ein eigenes Verwaltungszentrum beziehen, wenn sie als Mieterin einzieht. Der Nachteil einer dezentralisierten Verwaltung wiegt nicht so schwer, dass das Vorhaben zeitnah und zwingend umgesetzt werden muss.

Üben wir uns noch etwas länger in Geduld, kann der Finanzplan 2017 -2021 massiv entlastete werden. Die finanziellen Perspektiven der Gemeinde hellen sich so massiv auf. Die vorübergehende, grosse finanzielle Entlastung des Gemeindehaushaltes wird durch den Sanierungsbedarf der bestehenden, gemeindeeigenen Verwaltungsgebäude nur verkleinert aber nicht aufgefressen.

Ich habe einen weiteren **Änderungsantrag Nr. 2** zu:

① Finanzplan Seite 7: Projektnummer 3.706 // „Saalbau Bärenareal“

Die Abteilung Hochbau soll die Verhandlungen mit der Firma Halter mit der Zielvorgabe führen, dass der/die Bauherr/en einen Saalbau auf dem Bärenareal errichtet/en, der sich sowohl für die Durchführung von Parlamentssitzungen wie auch für Tagungen und Seminare eignet. Der Saalbau ist nicht als Rohbau zu errichten. Die Möblierung und der Innenausbau erfolgen durch die Bauherrschaft. Die Gemeinde tritt lediglich als Mieterin auf. Von einem Erwerb des Gemeindsaals durch Baurecht ist abzusehen. Die Vermarktung des Saales erfolgt durch den Hotelbetrieb. Ein Kredit für den Innenausbau und die Ausstattung in unbekannter Höhe ist unter diesen Voraussetzungen nicht notwendig. Eine ausschliessliche Fokussierung auf das Bärenareal für die Verwirklichung des gewünschten Gemeindsaals betrachtet die SVP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll.

Begründung

Es ist nach Meinung der SVP-Fraktion bei einem Mietverhältnis nicht Aufgabe der Gemeinde den Innenausbau und die Ausstattung des geplanten Gemeindsaals auf dem Bärenareal selbst zu übernehmen. Der Gemeinde Ostermundigen fehlen die finanziellen Mittel für den Erwerb des Gemeindsaals im Baurecht.

Der Betrieb und Unterhalt eines Gemeindsaals stellt ausserdem schon für eine Gemeinde mit eigener Mehrzweckanlage ein finanzielles Risiko dar. Er ist selbst bei guter Auslastung selten ein Geschäft. Tritt die Gemeinde als Mieterin eines Gemeindsaals auf, sind die Kosten kalkulierbar. Erwirbt die Gemeinde den Gemeindsaal im Baurecht hat sie zwar die Verfügungsgewalt über den Saal, muss aber auch für Unterhalt, Reparaturen und genügende Auslastung sorgen. Das würde mittelfristig die Schaffung einer neuen Stelle bedingen. Andernfalls müsste die Bewirtschaftung/Vermarktung des Saales extern gelöst und finanziert werden.

Die Bauherrschaft wird, wenn das Projekt „Bärenhochhaus“ und der angegliederte Hotelbetrieb sowie das Restaurant rentieren sollen, nicht darum herumkommen, geeignete Konferenz- und Sitzungszimmer anzubieten.

Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist unser Vorschlag für die Gemeinde die wirtschaftlichste Lösung und durchaus zielführend.

Eduard Rippstein (CVP): Ich spreche nur zum "Saalbau" bzw. Änderungsantrag Nr. 2: Ich bitte euch, diesen Änderungsantrag abzulehnen. Wir haben viele aktive Vereine in Ostermundigen. Wenn wir einen Saal an einem Hotelbetrieb anhängen, dann können die Vereine diesen Saal nicht mehr zu vernünftigen Konditionen mieten. Heute müssen im Raum Bern Säle inkl. Essen für 100 Personen gemietet werden. Ansonsten erhöht sich der Mietpreis ins Unendliche. Die Vereine zahlen hier im Tellsaal auch. Jedoch einen Mietzins der für alle finanzierbar ist. In Bern einen Saal mit 100 Essen à Fr. 60.-- zu mieten ist für die Vereine nicht mehr finanzierbar.

Wenn die Gemeinde den Saal im Bärenareal mieten kann, dann ist das durchaus sinnvoll. Der Tellsaal kann für die Vereine weiterhin zur Verfügung gestellt werden, ohne dass grosse finanzielle Investitionen notwendig werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eigentlich handelt es sich da um ein Hochbaugeschäft.

1. Das Projekt "Verwaltungszentrum" ist seit 1983 ein ständiges Thema. Verschiedene Vorhaben und Ideen wurden bereits geprüft. Heute führten wir die Diskussionen betreffend Verwaltungszentrum im kleinen Rahmen weiter. Mit einer zentralen Verwaltung können neuen Parzellen freigespielt werden. Diese können für Investitionen bereitgestellt werden. Ich bin immer neidisch auf das Finanzierungsmodell der Burgergemeinde Bern. Seit über 150 Jahren finanzieren sie viele Leistungen über den Baurechtszins. Eine Rückstufung in die 3. Priorität lässt kein sofortiges Abrufen mehr zu. Der Baurechtszins ist nicht gekoppelt an gewisse Verteilschlüssel des Kantons. Wir müssen keine ÖV-Punkte, keine Beiträge an die Regionalkonferenz etc. mehr bezahlen. Das Geld fliesst direkt in den Steuerhaushalt. Dies ist das Hauptargument für ein Verwaltungszentrum.
2. Saalbau „Bärenareal“; Mietverhältnis
Der Gemeinderat möchte ein konkretes Preisschild in Erfahrung bringen. Aufgrund dessen können die konkreten Kosten kalkuliert werden. Es gibt verschiedene Modelle: Baurecht, Miete, Abtausch etc.. Im Finanzplan arbeiten wir in den fünf Jahresrhythmen. Wir arbeiten mit der Priorität 2, das lässt dem Gemeinderat gewissen Spielraum offen. Eine Verschiebung in die 3. Priorität ergibt eine Verbesserung von 1,1 Mio. Franken und dies hängt mit dem Abschreibungszyklus zusammen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich möchte kurz auf das Votum von Eduard Rippstein (CVP) zurückkommen. Er setzt sich stark für die Vereine in Ostermundigen ein. Auch die SVP-Fraktion setzt sich für die Vereine in Ostermundigen ein. Wir kennen in Ostermundigen Räumlichkeiten, welche sich für kleinere Vereine bestens eignen (z. B. Aula der Schule Mösl, Rothus, Dennigkofen etc.). Vielleicht wurden diese Möglichkeiten noch zu wenig eingehend geprüft. Das Problem bei den Schulanlagen liegt darin, dass die Schulhausabwärtschaften gerne einmal den Feierabend geniessen wollen. Für die Vereine kann, solange der Tellsaal benutzt werden kann, eine lösbare Alternative angeboten werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen über die beiden Änderungsanträge von Ernst Hirsiger (SVP) ab. Der **Änderungsantrag Nr. 1** lautet:

*Die Gemeinde soll in den nächsten vier Jahren auf ein neues Verwaltungszentrum verzichten...
--> D.h. das Projekt soll in die Prioritätsstufe 3 versetzt werden.*

A b s t i m m u n g

Der Änderungsantrag Nr. 1 von Ernst Hirsiger (SVP) wird mit 26 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Beim Änderungsantrag Nr. 2 musst du Ernst Hirsiger mir noch auf die Sprünge helfen. Soll das Projekt in die Prioritätsstufe 1 vorverschoben werden?

Ernst Hirsiger (SVP): Die Gemeinde Ostermundigen will mit der Firma Halter die Option "Saalbau" verhandeln. Soweit ist alles klar.

Der SVP-Fraktion geht es darum, dass die Verhandlungen vorgängig klar definiert werden. Zielvorgabe ist, dass die Bauherrschaft den Saal baut und voll ausgerüstet der Gemeinde Ostermundigen mit einer Mietlösung zur Verfügung gestellt wird. Mit diesem Vorgehen können zu einem späteren Zeitpunkt eventuell noch andere Lösungen in Betracht gezogen werden. Eine Baurechtsvariante verkompliziert das Ganze.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich nehme diesen Wunsch gerne entgegen. Das Finanzierungsmodell sieht einen Innenausbau von 750'000 Franken vor. Es gibt jedoch drei bis vier verschiedene Lösungsvarianten (Miete, Kauf, Baurecht, Stockwerkeigentum etc.). Wenn das Geschäft dem Parlament vorgestellt wird, dann wird die für die Gemeinde Ostermundigen beste Lösung aufgezeigt. Vielleicht kommt auch ein Variantenentscheid zur Anwendung.

Ich werde den Votanten, Ernst Hirsiger (SVP), bei der Erarbeitung des Projektes mit ins Boot holen.

Voll ausgerüstet: Nebst dem Grundsatzentscheid wird die Ausrüstung des Saales ein Kernpunkt des Geschäftes darstellen. Es gibt verschiedene Säle (KKL, schlicht, einfach, zweckmässig bis High-End), welche eingehend geprüft werden müssen.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Reicht dir Ernst Hirsiger das protokollierte Versprechen des Gemeindepräsidenten. Die Verhandlungen mit der Firma Halter AG werden dementsprechend geführt.

Ich verlese den **Änderungsantrag Nr. 2** nochmals:

Die Abteilung Hochbau soll die Verhandlungen mit der Firma Halter mit der Zielvorgabe führen, dass der/die Bauherr/en einen Saalbau auf dem Bärenareal errichtet/en, der sich sowohl für die Durchführung von Parlamentssitzungen wie auch für Tagungen und Seminare eignet.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Sorry für die Unterbrechung. Wir können im Finanzplan nur über Prioritäten entscheiden. Oder aus dem Änderungsantrag kann noch eine Motion eingereicht werden. Wir müssen die verschiedenen Punkte trennen.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich ziehe meinen Änderungsantrag Nr. 2 zurück und werde diesen in Form einer Motion dem Ratsbüro abgeben.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Besten Dank für das Einlenken Ernst Hirsiger.

Wir fahren mit der Beratung des Finanzplans fort. Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Finanzplan für die Jahre 2017 bis 2021 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die Zustimmung und die interessanten Voten zu den beiden Finanzgeschäften. Die Lage ist ernst und wir sind uns dessen bewusst. Um die finanzielle Situation wieder ins Lot zu bringen, müssen Lösungen gesucht und auch gefunden werden.

----- 1 / 4 s t ü n d i g e P a u s e -----

30.40.30 Kindergärten Allgemein

50. Kindergärten Gesamtplanung; Genehmigung eines Rahmenkredits

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Die ausführliche Botschaft wurde allen Parlamentsmitgliedern abgegeben. Ich möchte noch auf einen Tippfehler in der Botschaft aufmerksam machen:

- ① Botschaft Seite 2, Kap. 1.2 Antrag, Ziffer Nr. 3: Das Datum der Volksabstimmung ist der 12. Februar 2017.

An der GGR-Sitzung vom 25. August 2016 wurde von Rahel Wagner (EVP) eine Frage gestellt: „Was kann aus der 1. Phase (CHF 430'000) weiterverwendet werden?“

- Die Dokumentation der neun Standorte mit Handlungsbedarf als Grundlage für die konkrete Planung.
- Die Abklärungen, ob die bestehenden Gebäude saniert werden können oder neu erstellt werden müssen.
- Die Pläne auf Stufe „Vorprojekt“ für den Doppelkindergarten Alpenstrasse als Grundlage für die weitere Planungsarbeit.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Seit gut einem Jahr arbeite ich als Abteilungsleiter Hochbau. Das Projekt war bei meinem Amtsantritt bereits weit fortgeschritten. Wir schauen in die Zukunft. Ich möchte mich nicht auf Frankenbeträge behaften lassen. Wir werden aus den Fehlern lernen.

Es ist für die Gemeinde Ostermundigen eine einmalige Chance, so viele Kindergärten auf einmal zu sanieren. Es entsteht ein grosser Druck und die Verantwortung für eine solche Gesamtplanung wächst.

Thomas Bendoza (parteilos): Die GLP-Fraktion hat sich für die Variante A entschieden, da zwischen der Variante A und B kein grosser finanzieller Unterschied besteht. Unser Fokus war auf die Materialverwendung gerichtet. Die Materialverwendung in der Variante A weist einen hohen Standard aus, damit rechtfertigt sich der Preisunterschied nicht. Nur um ein Label zu erhalten, muss der Differenzbetrag von Fr. 265'000.-- nicht aufgewendet werden.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Zu überprüfen sind noch die folgenden Einwendungen resp. Vorschläge und Wünsche:

- Wir sind nicht einverstanden, in der Eselweide einen Kindergarten zu bauen. Wir sehen da ein Containersystem analog dem Ahornweg vor. Der Standort "Eselweide" ist für guten Wohnraum geeignet.

- Wir haben Freude an der Botschaft. Im Sommer können die ersten Arbeiten vor Ort be-
sichtigt werden.
- Bei einem Bauvolumen von 12 Mio. Franken können bei der Vergabe an einen GU be-
stimmt Einsparungen von 1 Mio. Franken erwirkt werden. Wir setzen das Verhandlungs-
geschick des Verwaltungspersonals voraus.
- Das örtliche Gewerbe ist bei den Sanierungsarbeiten abzuholen.

Peter Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion hat sich mit der Sanierung beziehungsweise dem Er-
satz der Kindergärten an neun Standorten befasst. Sie ist zum Schluss gekommen, dass der
Minergie® -ECO-Standard für die Realisierung der Kindergärten eine gute Lösung ist. Mit
dem Minergiestandard wird eine erhöhte Wärmedämmung, eine kontrollierte Lüftung und
Wärmerückgewinnung erstellt. Mit der eingebauten Filteranlage in der Lüftung wird die Zu-
luft zudem gereinigt. Mit dem ECO-Standard wird mit der Bauökologie mit den damit ge-
wählten Baumaterialien ein Schwerpunkt auf die Gesundheit gelegt und ein einfacherer spä-
terer Rückbau am Ende der Lebensdauer ermöglicht. Zudem ist mit dem schon früher ent-
worfenen Modul eine optimale Anpassung an die bestehenden Grundstücke und die Umge-
bung möglich. Damit hat man auch noch einen Nutzen vom früher abgebrochenen Projekt.
Die geplante Vorfabrikation in Holzbau-Modulbauweise erlaubt eine rationelle und kosten-
günstige Bauweise mit einer längeren Lebensdauer als Fertigmodulbauten. Deshalb empfiehlt
die EVP-Fraktion den Antrag mit der Variante B anzunehmen.

Tobias Weibel (FDP): Wahrscheinlich sind die meisten von uns auch einmal in den Kinder-
garten gegangen. Es ist ein Ort, an dem sich viele entscheidende Prozesse für die Entwicklung
eines Kindes abspielen können. Entsprechend optimal müssen dafür die Rahmenbedingun-
gen geschaffen oder erhalten werden und dazu zählt natürlich auch das Dach über dem Kopf
selber.

Wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion unterstützen die Variante B Minergie-ECO. Der Preis-
aufschlag von 2,8 Prozent im direkten Vergleich zum Minimalstandard erscheint uns in die-
sem Sinne vertretbar.

Wir würden es weiter natürlich auch begrüßen, wenn dann schlussendlich sogar lokale Un-
ternehmer berücksichtigt werden können. Denn der FDP liegt dieses lokale Gewerbe mit Be-
stimmtheit am Herzen. Genauso gut wissen wir aber auch, dass uns hier ein Stück weit die
Hände gebunden sein werden. Und bei solch grossen Summen ist es natürlich auch völlig le-
gitim, wenn wir uns den starken Franken wo immer möglich zu Nutzen machen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Variante B. Der Gemeinderat
bringt in der Botschaft zwei Varianten, welche in der Rechnungsungenauigkeit liegen; was
soll das? Wir haben die Sache untersucht und sind zum Schluss gekommen, dass mit dem zu-
sätzlichen Label fast ein wenig Heimatschutz betrieben werden kann. Gewisse ausländische
Firmen können uns diesen Standard nicht liefern. Wir helfen mit der Variante B mit, eine all-
seits befriedigende Sanierung vorzunehmen.

Rudolf Mahler (SP): Wir von der SP/Grüne-Fraktion sind auch für die Variante B. Wir haben das Geschäft sehr gut angeschaut und sind zum Schluss gekommen: Minergie ist gut; Minergie-ECO ist besser! Die Aussagen der Abteilung Hochbau haben uns überzeugt. Wir wollten eigentlich dem Modulbau den Vorzug geben. Wie bereits Peter Wagner (EVP) ausgeführt hat, ist der Minergie-ECO-Standard die beste Lösung.

Wir sind von der völlig guten Lösung überzeugt und setzen uns für die Variante B ein.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich habe vergessen, dass wir ebenfalls die Variante B unterstützen. Wir wünschen uns, dass das Projekt "Container in der Eselweide" eingehend geprüft wird. Das Bauernhaus von Frau Kipfer gibt ebenfalls ein grosses Entwicklungspotenzial ab. Vielleicht kann da die Gemeinde etwas flüssige Mittel für die Gemeindekasse generieren.

Priska Zeyer (parteilos): Danke den Vorrednern für ihre positiven Voten zum Bauvorhaben. Ich möchte zu zwei Punkten Stellung nehmen:

1. Eine Komfortlüftung in Schulhäusern einzubauen, ist eine sehr einfache Möglichkeit, in die Bildung zu investieren. Wird nämlich schlecht gelüftet (und alle die schon mal einen Schulbesuch gemacht haben, wissen, dass das eher der Regelfall als die Ausnahme ist), wird die Luft stickig.

Das ist mehr als ein Luxusproblem: parallel dazu steigt der CO₂-Gehalt in den Räumen und man weiss: Wenn dieser zu hoch ist (was relativ schnell passiert), wird man schläfrig. In der Schule (oder im Kindergarten) wirkt sich das auf die Konzentrationsfähigkeit aus. Auch deshalb ist es für uns wichtig, den Minergiestandard mit der Komfortlüftung umzusetzen.

2. Auch beim ECO-Standard kann man sich ähnliches überlegen. Natürliche Materialein führen zu einer angenehmen Luftqualität. Mit „Holzbau“ ist man da sicher auf der guten Seite, jedoch ist auch da die Quelle des Holzes entscheidend. Wählt man minderwertige Qualitäten, die minim günstiger sind, setzt man die Kinder Umweltgiften wie Formaldehyd aus - das kann nicht in unserem Interesse sein. In diesem Sinn kann man wohl folgern, dass die ECO-Zertifizierung gut investiertes Geld ist.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Besten Dank für die Voten. Ich muss nicht mehr viele Fragen beantworten. Viele von euch wollen die Variante B zur Volksabstimmung bringen. Vieles spricht für diese Variante. Auf den Seiten 15 und 16 der Botschaft werden die Vor- und Nachteile aufgeführt.

① Votum Thomas Bendoza (parteilos)

Mit der Variante B geht es nicht nur um ein Label. Diese Variante öffnet uns auch viele Vorteile. Die Vorteile sind in der Botschaft aufgeführt. Dem einheimischen Gewerbe können bessere Bedingungen im Submissionsverfahren angeboten werden. Ein Schweizerlabel bringt für die ortsansässigen Produzenten nur Vorteile. Doch letztendlich muss der Wettbewerb gewonnen werden.

① Votum H.R. Hausammann (SVP)

Der Wunsch betreffend "Eselweide" werden wir entgegennehmen. Doch auf diesem Terrain ist definitiv ein Doppelkindergarten vorgesehen. Wir müssen Räume schaffen für die Sanierung der übrigen Kindergärten. Dieser Kindergarten liegt in der Nähe der Schulanlage Bernstrasse.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Zu den Modulbauten kann ich folgende Ausführungen abgeben:

- Stichwort „Container“: Die Messlatte wurde relativ hoch eingestellt. Ein Modulbau in Containerform hat nie die Lebenserwartung wie ein "normaler" Kindergarten. Zu Beginn müssen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Betriebskosten schlucken jedoch diese Ersparnisse anschliessend auf. Mit einem Definitivum fahren wir langfristig günstiger. Mit einem Containerbau wird gegen aussen ein trügerisches Signal gesendet. Die Gemeinde Ostermundigen will primär attraktiv sein. Mit Containerbauten wird diesem Element nicht Rechnung getragen. Wir haben den Containerbau geprüft aber letztendlich wegen den vielen Nachteilen verworfen. Heutzutage kann mit massgeschneiderten Lösungen vom regionalen Gewerbe günstiger kalkuliert werden. Massgeschneiderte Bauten werden in der Schweiz hergestellt.
- Votum H.R. Hausammann (SVP): Wir brauchen die Eselweide (Standort = Zone für öffentliche Nutzung). Die Provisorien an der Ahornstrasse werden in fünf Jahren aufgehoben. Ein Alternativstandort (ausser Eselweide) konnte auf dem Gemeindegebiet nicht gefunden werden.

Lucia Müller (SVP): Wir stellen nicht den Standort "Eselweide" in Frage. Wir stellen auch die Provisorien an diesem Standort nicht in Frage. Der Standort ist jedoch eine sehr wichtige und wertvolle Baulandreserve. Langfristig darf da keine so geringe Ausnützung zugelassen werden. Vielleicht muss zu einem späteren Zeitpunkt auch die Schulanlage Bernstrasse ausgebaut werden.

Die Flexibilität mit Container-/Modulbauten für Ausbauten muss aufrecht erhalten bleiben. Wir müssen bewegliche Lösungen anbieten können. Deshalb soll eine bewegliche Lösung für diesen Standort vorgesehen werden.

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Henrik Schoop (FDP): Wir haben die Diskussionen über die "Eselweide" sehr intensiv geführt. Ein Kindergarten in einem Schulzimmer der Schulanlage Bernstrasse wurde im letzten Jahr aufgehoben. Momentan haben wir im

Raumangebot "Oberfeld" sehr viel Platz zur Verfügung. Das Raumproblem besteht primär im Zentrum von Ostermundigen. Aus diesem Grund sind wir angewiesen, in diesem Gebiet zwei Kindergärten zu erstellen. Die Standortfrage wurde eingehend diskutiert. Der Perimeter "Eselweide" ist der einzige Standort, welcher den Bau von zwei Kindergärten zulässt.

Weiteres Potenzial im Raum Schulanlage Bernstrasse liegt hinter der KiTa "Hummelinäscht" zur Verfügung. Momentan wird die Schulanlage Bernstrasse aufgefüllt und es sind 13 Klassen (Primarstufe) einquartiert. Es wird eine Aufstockung bis 16 Klassen vorgenommen. Es fehlt ein Singzimmer. Der geplante Doppelkindergarten könnte diesen Mispstand ausräumen. Eventuell könnte der Doppelkindergarten sogar den Vereinen zur Verfügung gestellt werden.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Stellt die SVP-Fraktion einen Änderungsantrag, den Standort "Eselweide" als Provisorium zu beplanen?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Wir stecken in einem extrem engen Zeitkorsett. Wir wollen am 12. Februar 2017 die Vorlage dem Volk zur Abstimmung vorlegen. Die Bedenken zur "Eselweide" werden protokollarisch festgehalten. Mit dem Kreditbeschluss werden noch nicht alle Anker gesetzt und im laufenden Prozess sind Änderungen immer noch möglich. Die formelle Prüfung der Standorte wird in jedem Fall noch vorgenommen.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Wir stellen keinen Änderungsantrag. Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass er den Standort "Eselweide" nochmals eingehend prüft.

Rudolf Mahler (SP): Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern. Nach dem Votum der SVP-Fraktion muss ich doch noch etwas anfügen. Es gibt die "Modulbauten ab Stange" (keine Container). Diese Modulbauten können demontiert und zum Teil zurückgegeben oder weiter verkauft werden. Für die "Eselweide" ist eine solche Modulbaute sicher die beste Lösung.

Wie die SVP-Fraktion stellen auch wir keinen Änderungsantrag.

Departementsvorsteherin Hochbau Ursula Lüthy (Grüne): Es wurden Anregungen und keine Änderungsanträge angemerkt. Alles wird im Protokoll festgehalten. Wir werden die Situation nochmals prüfen. Grundsätzlich können wir mit dem an das Parlament formulierten Antrag weiterfahren.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Gemäss „Geschäftsordnung des GGR“ Artikel 43 Absatz 2 nehmen wir bei zwei vorliegenden Änderungsanträge eine **Variantenabstimmung** vor. Wir stellen die Variante A) der Variante B) gegenüber.

A b s t i m m u n g

Wer ist für

- die Variante A? Sie erhält 2 Stimmen;
- die Variante B? Sie erhält 32 Stimmen.

Somit obsiegt die Variante B.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor und wir können die Schlussabstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Rahmenkredit für den Neubau von 11 Kindergärten und die Sanierung von zwei bestehenden Kindergärten wird nach Variante B auf Basis des Standards nach Minergie®-ECO für Neubauten und Minimalstandard für Sanierungen im Umfang von CHF 11'715'000.-- genehmigt.
2. Bei Genehmigung des Rahmenkredites erhält der Gemeinderat die Kompetenz zur Ausführung der definierten Projekte. Er bestimmt den konkreten Ausführungszeitpunkt und kann zur Koordination der Bauvorhaben Projekte vorziehen oder zurückstellen und auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren. Somit ist gewährleistet, dass der politische Einfluss garantiert ist.
3. Dieser Beschluss unterliegt der Kompetenz der Gemeindeabstimmung, diese ist für den 12. Februar 2017 vorgesehen.

40.12.17 Abfallentsorgungsstrategie
10.0.11 Reglemente Gemeinde

51. Abfallreglement: Teilrevision aufgrund Abfallentsorgungsstrategie II; Genehmigung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst ohne Diskussion einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Teilrevision des Abfallreglementes wird genehmigt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Departementsvorsteher Tiefbau und Betriebe Andreas Thomann (SP): Besten Dank für das Vertrauen und die Unterstützung in das teilrevidierte Abfallreglement.

10.3.72	Motionen
10.9.28	Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen
10.0.11	Reglemente Gemeinde

52. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Aliosha Walter (FDP): Anfangs Jahr bin ich mit der Verwaltung zusammengesessen resp. mit den Herren Beat Niederhäuser und Sandro Blaser. Wir haben uns den Verwaltungsbericht angesehen und allgemein über die Informationslage gesprochen. Auf bilateralem Wege haben wir ein paar Möglichkeiten gesehen, wie man mehr Transparenz schaffen kann. Das im Einvernehmen mit der Verwaltung selbst. Der nächste Verwaltungsbericht wird, nach meinem Wissensstand, teils ein bisschen anders aussehen.

Natürlich sehen wir hier die Problematik mit dem Datenschutz. Auch wollen wir niemanden exponieren. In Anbetracht auf die stetig steigenden Personalkosten, ohne grösseren Sachaufwand, ist jedoch fest zu halten, dass wir mehr Transparenz brauchen. Das Parlament kann nur so die finanzielle Kontrolle und Aufsicht wahrnehmen und gegebenenfalls auch intervenieren. Auf langfristige Sicht ist es eben gerade die Transparenz, die dem Parlament dient und Rechtssicherheit schafft.

- ① Für die rechtskonforme Umsetzung dieses Vorstosses stelle ich den **Antrag**, diesen in ein Postulat umzuwandeln und dem Gemeinderat in die Bearbeitung zu geben.

Eduard Rippstein (CVP): Die Antwort des Gemeinderates ist richtig und wir müssen dem Antrag wie vorliegend zustimmen. Es macht absolut keinen Sinn, den Stellenplan in die Zuständigkeit des Parlamentes zu legen. Der Gemeinderat hat die Verantwortung zu übernehmen, wenn in der Abteilung Soziales eine Stellenaufstockung vorgenommen werden muss. Der Gemeinderat benötigt diese Handlungsfreiheit.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Sämtliche Parlamentsmitglieder haben unter Voranmeldung stets die Gelegenheit, den Stellenplan inkl. Gehaltstabellen beim Personaldienst einzusehen. Als Steuerungsinstrument liegen dem Parlament sämtliche Informationsflüsse zur Verfügung.

In einem nächsten Schritt soll die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung (ALÜ) an die Hand genommen werden.

Aliosha Walter (FDP): Ich möchte die Zusammenarbeit mit dem Personaldienst verdanken. Welche Informationen sind momentan öffentlich zugänglich? Es soll der Plan sein, die öffentlichen Daten in einem Resümee in den Verwaltungsbericht einfließen zu lassen. Ich möchte vom Gemeindepräsidenten gerne wissen, ob dieser Sachverhalt so stimmt?

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Im Verwaltungsbericht werden die bewilligten, öffentlich/rechtlichen Stellen abgebildet. Im Rahmen des Redesign des Verwaltungsberichtes wurde diese Auflistung überprüft. Aus dem Parlament resp. Begleitgruppe wurde kein Antrag gestellt, die Darstellung in Zukunft anzupassen resp. zu ändern. Eine andere Darstellungsweise müsste vom Parlament klar formuliert resp. gefordert werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Erstunterzeichner hat den Antrag gestellt, die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Gleichzeitig hat sich der Gemeindepräsidenten dahingehend geäussert, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellenplan vor das Parlament wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen
20.2.01 Finanzkommission

53. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellungnahmen der Finanzkommission in die GGR-Botschaften; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Roger Hubschmid (FDP): Die Begründung ist schon klar. In den letzten Jahren wurden viele Vorlagen stundenlang diskutiert. Beim Geschäft "Bibliothek/Ludothek" wurde die Finanzkommission nach der Beurteilung durch das Parlament für eine Stellungnahme angefragt. Wir sind der Auffassung, dass die Finanzkommission ihre Stellungnahme in die gemeinderätliche Botschaft einfliessen lassen sollte.

Beim heutigen Geschäft "Gesamtsanierung Kindergärten" (Traktandum Nr. 50) konnte die Departementsvorsteherin Hochbau über die Inputs der Finanzkommission informieren. Für die Entscheidungsfindung soll neben der Beurteilung der Geschäftsprüfungskommission ebenfalls die Meinung der Finanzkommission abgebildet werden.

Adrian Tanner (Grüne): Im Namen der SP-Grünen-Fraktion möchte ich mich bei der FDP. Die Liberalen-Fraktion für diesen Vorstoss bedanken.

Wie wir alle wissen, ist die Finanzlage der Gemeinde nicht ganz rosig, zumindest im Schweizer Vergleich. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieser Vorstoss die Finanzkommission über Gebühr in den Vordergrund stellen würde. Es leuchtet nicht ein, warum bei einem Geschäft nur die finanziellen, nicht aber zum Beispiel die sozialen und ökologischen Auswirkungen gesondert betrachtet werden sollten. Gerade im sozialen Bereich gibt es ja in Ostermundigen auch besondere Herausforderungen.

Im Sinne einer nachhaltigen Entscheidungsfindung müssten bei Annahme des Vorstosses z. B. auch die Stellungnahmen der Sozialkommission und einer Umweltkommission berücksichtigt werden - gerade auch aus finanzieller Sicht, da die günstigste Lösung nicht immer die kurzfristig billigste ist.

Wir sind überrascht, dass der Gemeinderat diesem Vorstoss zustimmt. In seiner Stellungnahme erwähnt er ja die Schwierigkeiten für eine „sachliche und ungestörte Entscheidungsfindung“.

Aus unserer Sicht war die Motion von letztem Jahr besser ausgewogen, da sie kein Ungleichgewicht zwischen den Kommissionen schuf. Daher können wir dieser Motion in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Roger Hubschmid (FDP): Wir möchten mit dem Vorgehen eine gewisse Qualität für die Entscheidungsfindung seitens des Gemeinderates einbringen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Inhaltlich möchte ich die Stellungnahme des Gemeinderates nicht mehr ergänzen. Der Gemeinderat hat seine Stellungnahme komplett abgegeben. Das Parlament hat über den Antrag zu befinden.

Ich möchte jedoch erwähnen, dass im Zusammenhang mit dem Bibliothekprojekt der Prozessablauf "Finanzkommission --> Gemeinderat --> Geschäftsprüfungskommission --> Parlament" eingehalten worden ist.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Stellungnahmen der Finanzkommission in die GGR-Botschaften wird bezüglich der Aufnahme der Stellungnahme mit Kurzbe-gründung der Finanzkommission in die GGR-Botschaften begründet, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
2. Die Aufnahme des Abstimmungsverhältnisses der Finanzkommission in die GGR-Bot-schaften wird abgelehnt.

10.3.72 Motionen
10.22.014 Ortsentwicklung

54. Motion FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend Lädelisten in Ostermundigen: Einberufung eines runden Tisches; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Roger Hubschmid (FDP): Wir sind uns bewusst, dass es heute etwas anders auf der Welt ist. Heute werden lieber per Internet resp. Online die Einkäufe getätigt. Die Ausgewogenheit bei den Geschäften in Ostermundigen ist heute nicht mehr gewährt. Entlang der Bernstrasse wurden erst kürzlich ein Lidl mit Fitnesszentrum eröffnet. Ich wurde angefragt, wieso die Gemeinde Ostermundigen an dieser Stelle nicht ein Ärztezentrum eröffnet hat?

Den Gewerbebetrieben sollte wenn immer möglich gute Rahmenbedingungen seitens der Verwaltung angeboten werden. Der Ausgewogenheit sollte Rechnung getragen werden - momentan werden überall nur Coiffeurgeschäfte sowie Kebab-/Imbissbuden eröffnet.

Priska Zeyer (parteilos): Uns ist es auch nicht wohl dabei, dass ein Laden nach dem anderen in Ostermundigen zugeht. Aber dies ist der Lauf der Zeit. Und grundsätzlich passiert es nur, weil wir nicht lokal einkaufen, sondern unsere Einkäufe irgendwo anders oder im Internet tätigen.

Wir von der SP-/Grünen-Fraktion sind der Meinung, dass die Verwaltung und der Gemeinderat da nicht viel ausrichten können. Noch eher ist der Gewerbeverein gefordert, etwas zu unternehmen.

Die vorliegende Motion ist vorallem Verwaltungsbeschäftigung und wenn schon alle vom Sparen reden, auch bei der Verwaltung sind solche Vorstösse unnötig, weil sie Kosten verursachen, aber nichts bringen!

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Das Thema beschäftigt den Gemeinderat stark. Das "Lädelisten" findet nicht nur in Ostermundigen statt; viele andere und zum Teil auch Städte müssen dieses Problem an die Hand nehmen.

Ich bin gestern Abend an die Vorstandssitzung des Gewerbevereins eingeladen worden. Die Thematik soll "zusammen" (inkl. Bolligen und Ittigen) angegangen werden. Ein Blick über die Gemeindegrenze ist da angebracht. Wir müssen die Thematik ernst nehmen! Der Gemeinderat kann jedoch nicht mehr in diesem Jahr einen "Runden Tisch" einberufen. Das Geschäft muss gut vorbereitet werden.

Aarberg hat im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision versucht, die Grossisten ins Zentrum zu verlegen. Die Kleingewerbebetriebe und Spezialisten im Kleindetailhandel sollen

von der Laufkundschaft der Grossisten profitieren können. Das Projekt "Bahnhof Ostermundigen" hat sich dieser Thematik bereits angenommen. Ein gegenseitiges Profitieren sowie die Qualität sind diesbezüglich die wichtigsten Erfolgsfaktoren.

Thema "Ärztzentrum": Der Gemeinderat hat im Frühling 2016 erste Gespräche mit möglichen Ärztezentren-Modelle vorgenommen. Im Moment liegt die Risikobeteiligung der Gemeinde Ostermundigen noch über der finanziellen Messlatte der Gemeindekasse. Dieses Spannungsfeld muss an die Hand genommen werden.

Der Gemeinderat und die Mitglieder der Planungskommission wurden von mir mit einem Artikel aus der "Sonntagszeitung" dokumentiert: "Wie gehen die Behörden mit dem Thema Lädelerben" um? Dieses Thema muss im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision an die Hand genommen werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend Lädelerben in Ostermundigen wird begründet, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.73 Postulate
60.1.15 Altersfragen

55. Postulat FDP. Die Liberalen-Fraktion betreffend zentrale Fachstelle für das Alter schaffen; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Stellungnahme dokumentiert. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner des Postulates zum Geschäft äussern.

Aliosha Walter (FDP): Die Ausgangslage für diesen Vorstoss ist für die Meisten hier nicht neu. Wir hatten eine Umfrage durchgeführt bei Leuten im Alter von 60 bis 80 Jahren. Ein wichtiges Anliegen war, dass es eine Ansprechperson gibt. Diese Person muss nicht alle Aufgabenbereiche, die das Thema Alter betreffen unter sich haben, das ist gar nicht möglich. Aber es braucht eine Person, die für Altersfragen allgemein ansprechbar ist. Das zu der Ausgangslage

Wir danken dem Gemeinderat herzlichst für den Willen, eine solche Stelle umzusetzen. Wir haben auch grosses Vertrauen, dass der Gemeinderat eine geeignete Lösung und Umsetzung dazu finden wird.

Ich würde gerne anfügen, dass es uns wichtig ist, dass es eine klare Verantwortlichkeit gibt und dass diese von aussen klar zu erfassen ist. Denn wir alle (also hoffentlich alle) werden früher oder später von einem solchen Angebot profitieren können.

Peter Blaser (SP): Für unsere Fraktion geht das vorliegende Postulat der FDP in die richtige Richtung. An der letzten GGR-Sitzung vom 25. August 2016 ist unsere Interpellation betreffend Altersleitbild sehr aufschlussreich beantwortet worden (Verfasser: Gemeinderat Synes Ernst).

Ich zitiere den Punkt 4 unserer Interpellation:

4. Wie müssten die Strukturen, Koordination und Vernetzung, aber nicht zuletzt auch die Gesamtplanung angepasst werden, damit das Altersleitbild der Gemeinde Ostermundigen für die Zukunft optimal gerüstet ist?

Antworten des Gemeinderates:

"Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass der Gemeinde Ostermundigen im Bereich der Alterspolitik vor allem mit Blick auf die künftigen Herausforderungen ungenügend aufgestellt ist."

Dafür gibt es mehrere Gründe:

"Im „Altersleitbild 2004“ fehlt ein Organ für die strategische Steuerung der Alterspolitik. Die Kommission für Altersfragen, welche für die Übernahme dieser Funktionen geeignet wäre, werden im Altersleitbild stattdessen sehr viele operative Aufgaben zugeordnet, Dafür ist die Kommission jedoch zu schwerfällig und zu langsam: Eine Verwaltungsstelle könnte solche Aufgaben effizienter und besser erledigen."

Wenn der Gemeinderat zum Schluss kommen sollte, dass eine solche Fachstelle ohne zusätzlichen Stellenprozenten geschaffen werden könnte, wäre dies natürlich erfreulich. Wenn aber für diese Fachstelle neue Stellenprozente nötig sind, aber auf Grund des Wortlautes des vorliegenden Postulates nicht umgesetzt werden kann, wäre dieses Postulat schon eher ein Leerlauf.

Zum Wortlaut des Postulates stellen wir somit folgenden **Abänderungsantrag** - neuer Wortlaut:

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine zentrale Fachstelle für das Alter in der Gemeinde Ostermundigen zu schaffen. Wenn erforderlich mit den nötigen Stellenprozenten.

Silvia Fels (EVP): --> Der erste Teil dieses Votums wurde aus technischen Gründen nicht angenommen.

...Es geht hier in das Verlangen der EVP-Fraktion betreffend "Kinderstellen" über. Wir möchten beliebt machen, das Thema ganzheitlich an die Hand zu nehmen. Auf der Gemeindehomepage scheint ein Update notwendig zu sein. Es liegt wahrscheinlich ein Kommunikationsproblem vor.

Melanie Gasser (GLP): Ich persönlich würde der Wortlautänderung von Peter Blaser (SP) zustimmen. Wir diskutieren hier über ein Postulat und nicht über eine Motion. Der Gemeinderat muss nicht unnötig eingeschränkt werden. Die Schaffung einer solchen Stelle wäre auch für die Gemeinde Ostermundigen extrem wichtig. Wir haben in diesem Bereich zahlreiche Anbieter, welche sich für die ältere Generation in Ostermundigen einsetzen. Wir müssen diesen Anbietern die Arbeiten möglichst erleichtern und nicht einschränken. Ohne Stellenprozentschaffung kann nichts erreicht werden.

Aliosha Walter (FDP): Ich stelle einen **Änderungsantrag Nr. 1**, den Wortlaut des Postulates wie folgt zu ändern:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Möglichkeit abzuklären, eine zentrale Fachstelle für das Alter in der Gemeinde Ostermundigen zu schaffen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Es benötigt Klärungsbedarf zwischen dem Erstunterzeichner Aliosha Walter (FDP) und Peter Blaser (SP). Den Wortlaut eines Postulates darf nur der Erstunterzeichner abändern. Es gilt, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Ernst Hirsiger (SVP): Ich möchte mich kurz fassen: Wir haben Angst vor einer Stellenaufstockung. Das Postulat kann relativ sympathisch eingestuft werden. Es braucht eine Anlaufstelle in Form eines Telefonanschlusses. Am Telefon wird der weitere Ablauf erklärt. Es braucht keine zusätzliche Dienststelle.

Rudolf Mahler (SP): Eine solche Telefonnummer existiert bereits. Anrufen können wir jederzeit. In der Begründung wird erwähnt: "... *Mögliche Aufgaben sind: Erfassung und Koordination aller institutionellen und freiwilligen Angebote, Altersaktivitäten und Dienstleistungen in der Gemeinde, Vermittlungsstelle zwischen den Dienstleistungsangeboten und bei den entsprechenden Nachfragen, Förderung der Selbsthilfe, Mitarbeit und Begleitung von fachspezifischen Projekten, Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Aktivitäten.* ..." Da genügt nicht ein einfacher Telefonanruf. Der Gemeinderat soll nun prüfen, ob eine neue Stelle geschaffen werden muss oder nicht.

Eduard Rippstein (CVP): Die FDP.Die Liberalen-Fraktion reicht ein sinnvolles Postulat ein. Der Gemeinderat will das Postulat übernehmen. Wir sind der Ansicht, dass nicht mehr Stellenprozentage notwendig sind. Der Gemeinderat will das Postulat resp. Geschäft überarbeiten. Was will das Parlament noch mehr? Der Gemeinderat kann bei Bedarf eine Stellenaufstockung vornehmen.

Aliosha Walter (FDP): Wir haben die Formalitäten geklärt. Der neue Wortlaut ist bekannt.

Departementsvorsteher Soziales Synes Ernst (CVP): Als vierjähriger AHV-Bezüger möchte ich mich zu diesem Postulat resp. Thema ebenfalls noch äussern. Das Postulat rennt beim Gemeinderat offene Türen ein.

Am 21. November 2016 möchten wir das Vorprojekt an einer Kickoff-Veranstaltung zusammen mit der Alterskommission dem Volk unterbreiten. Wir wollen dann diskutieren, was alles notwendig sein wird. Im Beschluss wird erwähnt, dass der Gemeinderat Ende 2017 über das weitere Vorgehen entscheiden muss.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass sämtliche Gemeinden mit einer solchen Koordinationsstelle, nicht auf die Freiwilligkeit zählen können. Im Rahmen des Projektes wurde die Schaffung von Synergien geprüft. Es ist ein absolut wichtiges Anliegen. Ein Drittel der Bevölkerung ist über dem Alter von 65 Jahren. Die schnellst wachsende Altersgruppe in Ostermundigen liegt bei den Achtzigjährigen. Nicht alle benötigen eine ständige Betreuung. Diese wichtige Gemeindeaufgabe ist auf die Unterstützung der freiwilligen Tätigkeit angewiesen. Dies bedingt eine Koordination und Führung.

Lucia Müller (SVP): Im Gegensatz zu den Arbeiten mit Jugendlichen gibt es für die Arbeit im Alter keine kantonalen Subventionen. Hier handelt es sich um ein Stiefkind der Verwaltung. Es ist schwierig, diesbezüglich etwas in die Gänge zu bringen. Es ist wichtig, dieses Thema aufzunehmen. Es war geplant, eine Fachstelle "Alter" in die Abteilung Soziales einzubinden. Dieser Sachverhalt wurde im Zusammenhang mit der Behörden- und Verwaltungsreform verworfen. Jetzt muss der Sachverhalt neu in Angriff genommen werden.

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich lese nochmals den geänderten Wortlaut vor:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Möglichkeit abzuklären, eine zentrale Fachstelle für das Alter in der Gemeinde Ostermundigen zu schaffen.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 32 zu 0 Stimmen

B e s c h l u s s

Das Postulat FDP.Die Liberalen-Fraktion betreffend „Zentrale Fachstelle für das Alter schaffen“ wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.74 Interpellationen
63.13.00 Allgemeines

56. Interpellation FDP.Liberalen-Fraktion betreffend Praxis Vergabe KiTa-Plätze und Wechsel zum Gutscheinsystem; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die schriftliche Beantwortung wurde allen zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Aliosha Walter (FDP): Ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

B e s c h l u s s

Die Interpellation FDP.Liberalen-Fraktion betreffend Praxis Vergabe KiTa-Plätze und Wechsel zum Gutscheinsystem wird schriftlich beantwortet.

10.3.74 Interpellationen
13.2.00 Allgemeines

57. Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Schulraumplanung Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Cédric Luyet (GLP): Die schriftliche Beantwortung wurde allen zugestellt. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Rudolf Mahler (SP): Ich bin mit der Beantwortung des Gemeinderates teilweise zufrieden. Sehr unzufrieden bin ich mit der Beantwortung meiner Frage Nr. 4. Da fehlt mir einiges!

B e s c h l u s s

Die Interpellation SP/Grüne-Fraktion betreffend Schulraumplanung Ostermundigen wird schriftlich beantwortet.

10.3.72 Motionen

58. Motion SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Erklärung der Gemeinde Ostermundigen zur TiSA-freien Zone; Orientierung des Gemeinderates

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Eine kurze Vororientierung: Zeitlich waren wir im Gemeinderat nicht in der Lage, diese Motion zum Entscheid fristgerecht vorzulegen. Den Erstunterzeichner habe ich vororientiert. Wir werden versuche, das Verpasste an der ersten Sitzung im neuen Jahr nachzuholen.

10.3.72 Motionen
50.8.71.40 Temporegelung

59. Volksmotion betreffend Verkehrsberuhigung des Rütiewegs und des ganzen Quartiers der Rüti Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, für den ganzen Rütieweg eine Tempo-30-Zone zu schaffen und für das ganze Wohnquartier Rüti ab Kreisel bei der Buswendeschleife eine Begegnungszone einzurichten. Die geänderte Strassen-Signalisationsverordnung (SSV, insbesondere Art.22b) und die eidgenössische Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen sind zu berücksichtigen.

Begründung

Die Verkehrssicherheit ist auf dem Rütieweg einerseits mit dem grossen Schulhaus, den Fussballplätzen und dann speziell im Wohnbereich des Quartiers ab Rütieweg 70 aufwärts mit einer Tempo-50-Zone nicht ausreichend gewährleistet. Vor allem ältere Leute und Kinder müssen auf diesem Abschnitt besser geschützt werden und auch die Übergänge sind nach der Entfernung des Fussgängerstreifens nach dem Kreisel Rütieweg aufwärts unsicherer geworden. Durch die bei einer Begegnungszone signalisierte und durch gestalterische Massnahmen erreichte Geschwindigkeitsreduktion verkürzt sich der Anhalteweg stark und gleichzeitig wird die Aufmerksamkeit der Fahrzeugführer geschärft. Das kann im Konfliktfall der älteren Person oder dem unvorsichtigen Kind das Leben retten und den Fahrzeugführer vor den schweren moralischen und rechtlichen Folgen eines Unfalls mit Personenschaden bewahren. Die Umsetzung der geforderten Massnahmen bringt zudem eine erwünschte Reduktion der Lärmmissionen mit sich.

Erstunterzeichner: Jakob Weishaupt (SP)

10.3.72 Motionen
30.4.10 Verwaltungszentrum

60. Motion Ernst Hirsiger (SVP) und Mitunterzeichnende betreffend „Saalbau Bärenareal“; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Abteilung Hochbau soll die Verhandlungen mit der Firma Halter mit der Zielvorgabe führen, dass der/die Bauherr/en einen Saalbau auf dem Bärenareal errichtet/en, der sich sowohl für die Durchführung von Parlamentssitzungen wie auch für Tagungen und Seminare eignet. Der Saalbau ist nicht als Rohbau zu errichten. Die Möblierung und der Innenausbau erfolgen durch die Bauherrschaft. Die Gemeinde tritt lediglich als Mieterin auf. Von einem Erwerb des Gemeindesaals durch Baurecht ist abzusehen. Die Vermarktung des Saales erfolgt durch den Hotelbetrieb. Ein Kredit für den Innenausbau und die Ausstattung in unbekannter Höhe ist unter diesen Voraussetzungen nicht notwendig. Eine ausschliessliche Fokussierung auf das Bärenareal für die Verwirklichung des gewünschten Gemeindesaals betrachtet die SVP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt nicht als sinnvoll.

Begründung

Es ist nach Meinung der SVP-Fraktion bei einem Mietverhältnis nicht Aufgabe der Gemeinde den Innenausbau und die Ausstattung des geplanten Gemeindesaals auf dem Bärenareal selbst zu übernehmen. Der Gemeinde Ostermundigen fehlen die finanziellen Mittel für den Erwerb des Gemeindesaals im Baurecht.

Der Betrieb und Unterhalt eines Gemeindesaals stellt ausserdem schon für eine Gemeinde mit eigener Mehrzweckanlage ein finanzielles Risiko dar. Er ist selbst bei guter Auslastung selten ein Geschäft. Tritt die Gemeinde als Mieterin eines Gemeindesaals auf, sind die Kosten kalkulierbar. Erwirbt die Gemeinde den Gemeindesaal im Baurecht hat sie zwar die Verfügungsgewalt über den Saal, muss aber auch für Unterhalt, Reparaturen und genügende Auslastung sorgen. Das würde mittelfristig die Schaffung einer neuen Stelle bedingen. Andernfalls müsste die Bewirtschaftung/Vermarktung des Saales extern gelöst und finanziert werden.

Die Bauherrschaft wird, wenn das Projekt „Bärenhochhaus“ und der angegliederte Hotelbetrieb sowie das Restaurant rentieren sollen, nicht darum herumkommen, geeignete Konferenz- und Sitzungszimmer anzubieten.

Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist unser Vorschlag für die Gemeinde die wirtschaftlichste Lösung und durchaus zielführend.

sig: Ernst Hirsiger (SVP), H.R. Hausammann, M. Studer, H.P. Friedli, L. Müller

10.3.73 Postulate
10.4.08 Organisation/Führung

61. Postulat GLP-Fraktion betreffend Verkleinerung Gemeinderat; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Hinblick auf die Legislatur 2021-2024

1. eine Verkleinerung des Gemeinderats von 7 auf 5 Mitglieder zu prüfen;
2. die Einführung eines fixen Pensums der Gemeinderäte zu prüfen;
3. die Abschaffung der pauschalen Entschädigung zugunsten einer Entschädigung nach Zeitaufwand (Stellenprozenten) zu prüfen.

Begründung

Der Gemeinderat wurde bereits einmal verkleinert. Eine weitere Verkleinerung wäre aus verschiedenen Gründen und für alle Seiten attraktiv. Aus Sicht der Gemeinde könnte das Amt eines Gemeinderats durch höhere Pensen verteilt auf weniger Köpfe weiter professionalisiert werden. Würden zudem mehrere Departemente von einem Gemeinderat betreut, so könnten besser Synergien genutzt werden und der Wissenstransfer zwischen den Departementen könnte einfacher sichergestellt werden. Weiter würde das Amt als Gemeinderat an Attraktivität gewinnen, wenn das Gemeinderatsamt eine fixe und genügende Einkommensquelle darstellen würde. Es ist für die Kandidaten meist schwer, in ihrem angestammten Beruf weiter tätig zu bleiben, wenn sie das Arbeitspensum aufgrund eines Gemeinderatsamtes massiv reduzieren müssen.

Weiter muss die Entschädigung genug hoch sein, damit das Amt auch für Bevölkerungsmitglieder mit höherem Einkommen attraktiv ist. Manche wollen und können sich eine ernsthafte Arbeit im Amt eines Gemeinderates nicht leisten, weil sie bei stark erhöhtem Aufwand weniger verdienen, als in ihrem angestammten Beruf.

Weiter ist insgesamt ein Gleichgewicht zwischen Aufwand und Entschädigung zu schaffen. Gerade in den letzten Jahren war der Aufwand in den verschiedenen Departementen kaum zu vergleichen. Daraus resultierte, dass die Entschädigung der geleisteten Arbeit einiger Gemeinderäte nicht mehr gerecht wurde. Es wird keine pauschale Erhöhung der Entschädigung anvisiert, sondern viel mehr ein reelles Gleichgewicht zwischen Aufwand und Entschädigung, was bei manchen Departementen auch mit einer Reduktion der Entschädigung einhergehen könnte.

sig: Luca Alberucci, T. Bendoza, C. Luyet

10.3.74 Interpellationen
10.22.3.62 Richtplanung „ESP Bahnhof Ostermundigen“

62. Dringliche Interpellation GLP-Fraktion betreffend derzeitiger Stand Entwicklung ESP Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Das kantonale Programm der wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte (ESP) umfasst 23 aktive Standorte, darunter 5 mit Label „ESP Premium-Standort“. Der Bahnhof Ostermundigen ist einer der ESP mit diesem Label. Dies untermauert das grosse Potenzial dieses Areals und damit dessen Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde in der Region.

Seit Jahren scheint es kein Vorankommen bei diesem ESP zu geben. Dies im Gegensatz zu der angrenzenden Zone ausserhalb des Perimeters, wo Ostermundigen eine Überbauungsordnung für das „Bärenhochhaus“ verabschiedet hat.

Es stellt sich die Frage, wie die Gemeinde und der Kanton die Entwicklung dieses wichtigen Standorts in Gang bringen könnten.

Fragen

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Rolle hat die Gemeinde bei der Entwicklung eines ESP?
2. Welche Aktivitäten wurden bis jetzt durch die Gemeinde ausgeführt, um den ESP Ostermundigen Bahnhof zu entwickeln?
3. Was ist seitens der Gemeinde geplant, um den ESP-Ostermundigen Bahnhof zu entwickeln?
4. Was sollte der Kanton Bern aus Sicht der Gemeinde unternehmen, um den ESP voranzutreiben?

sig. Melanie Gasser, L. Alberucci, C. Luyet

10.3.74 Interpellationen
20.5.12 Steuern

63. Überparteiliche Interpellation betreffend Auswirkungen der USR III auf die Steuereinnahmen und die Finanzen von Ostermündigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die USR III ist im Finanzplan 2017 bis 2021 nicht berücksichtigt.

Fragen

Falls die USR III in der Volksabstimmung angenommen werden sollte, welche Auswirkungen erwartet der Gemeinderat

- a. auf die Steuereinnahmen?
- b. auf die finanzielle Situation von Ostermündigen ?

sig: Colette Nova (SP), P. Zeyer (parteilos), L. Alberucci (GLP), M. Gasser (GLP)

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Cédric Luyet

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Peter Wagner

Gerhard Zaugg

64. Pendenzenliste 2016

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zuständig	Kommentar	Status
2322	Abfallentsorgungsstrategie II	10.12.15	31.12.16	TB	Referendumsfrist läuft bis 20.2.17	e
2385	Interpellation C. Luyet (GLP) betreffend Benachteiligung Ostermündigen durch FILAG	07.05.15	30.11.15	Finanzen	Beantwortung Regierungsrätin B. Simon noch ausstehend	ne
2103	Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti	25.08.16	31.08.17	GP/ÖS	Anliegen wird nochmals vom GR geprüft	o
2346	Überparteiliche Motion betreffend politische Integration von Jugendlichen	12.02.15	31.12.16	Präsidiales	Nächste Revision GO dem GGR Vorschläge zur Einführung einer Jugendmotion und -postulat unterbreiten	o
1806	Personalvorsorgestiftung PVS BIO	07.05.15 30.06.16	30.06.18	Präsidiales	Volksabstimmung am 27.11.2016	o
2460	Budget; Beschreibung der Investitionsvorhaben	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Einheitliche Gestaltung nach CD/CI. Nur noch auf Homepage aufschalten (nicht mehr in Papierform)	ne
2460	Budget 2016; neue Beschlusseziffer # 4	12.11.15	30.11.16	Finanzen	Wie soll der Ausgleich erfolgen?	ne